

Sozialistische Arbeiter Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS.

SPD-Polizeipräsident stellt sich vor die Leipziger Klassenjustiz

Maulkorberlaß Grzesinski

Die Verurteilten dürfen sich nicht verteidigen / Redeverbot zur Liga-Kundgebung!

Ein SPD-„Erfolg“

Wittmaack Landtagspräsident

Berlin, 27. November.

Im Preussischen Landtag erfolgte heute mittag die Wahl des Präsidenten für den verstorbenen sozialdemokratischen Abgeordneten Bartels. Die sozialdemokratische Fraktion hat den sozialdemokratischen Abgeordneten Stadtrat Wittmaack-Magdeburg vorgeschlagen. Die Kommunisten hatten ihr Fraktionsmitglied Kasper aufgestellt. Die Wahl erfolgte durch Namensaufruf und verdeckte Stimmabgabe. Wittmaack erhielt 250 Stimmen der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Staatspartei, sowie einiger Volksparteiler. 66 Abgeordnete der Rechten enthielten sich der Stimme. Auf Kasper entfielen 33 Stimmen. 10 Stimmen waren zersplittert, darunter war eine Stimme für Leinert (es wird wohl die des sozialdemokratischen Fraktionsführers Heilmann gewesen sein). Nach dem Wahlschlacht hob der Landtag die Immunität des wirtschaftsparteilichen Abgeordneten Ladendorff auf, der beim Krach der Grund- und Kreditbank schwer belastet wurde.

Landtag beschlußfähig!

Vertagung bis Mitte Dezember

Berlin, 27. November.

Der Preussische Landtag wurde heute bis zum 15. Dezember vertagt, nachdem sich seine Beschlußfähigkeit herausgestellt hatte. Die Kommunisten hatten zur Abstimmung über die neue Geschäftsordnung fast 300 namentliche Abstimmungen vorbereitet. Bei der namentlichen Abstimmung über einen Gegenantrag gaben die Oppositionsparteien keine Karten ab. Da die Regierungsparteien bei schlechter Besetzung des Hauses nur 208 Stimmen aufbrachten, war das Haus nicht beschlußfähig.

Da hat man's eilig

Gotha, 27. November.

In Kieselbach (Landkreis Eisenach) hat die Polizei gestern bei Kommunisten Hausdurchsuchungen vorgenommen. Es wurden Waffen und verbotene Schriften beschlagnahmt. Drei Kommunisten wurden verhaftet.

Das Schreckenskind des Völkerbunds

Japan gefährdet das Kompromiß

Paris, 27. November

Der Redaktionsausschuß des Völkerbundsrates ist heute ohne Teilnahme der Japaner und Chinesen zusammengetreten. Die chinesische Regierung hat Donnerstag abend eine Note überreicht, in der auf die Gefahr eines japanischen Angriffes gegen Kintschau aufmerksam gemacht wird. In dieser Note steht, daß ein englischer Beobachter in dieser Gegend keinerlei chinesische Truppenansammlungen festgestellt hat. Infolge dieser Nachrichten herrscht im Völkerbundsrat eine nervöse Stimmung. Man befürchtet, daß im letzten Augenblick durch das japanische Vorgehen alle Bemühungen um ein Kompromiß wieder umsonst gewesen sind. Dr. Sze ist am Freitag vormittag zu einer langen privaten Besprechung vom Ratspräsidenten Briand empfangen worden.

„Freiheit“ 1931

Die Hetze der Nationalsozialisten gegen die Protestkundgebung der Liga für Menschenrechte zum Urteil des Reichsgerichts in Sachen Ossietzky-Kreiser hat den ersten Erfolg zu verzeichnen.

Das Berliner Polizeipräsidium hat den beiden Verurteilten, die als Redner in dieser Kundgebung angekündigt waren, die Verpflichtung auferlegt, nicht das Wort zu ergreifen.

Der die Kundgebung veranstaltenden Organisation ist vom Polizeipräsidenten verboten worden, die Urteilsbegründung zur Sprache zu bringen.

Der Polizeipräsident ist Sozialdemokrat. Der Polizeiminister Severing ist Sozialdemokrat. Severing gehört der Reichstagsfraktion der Sozialdemokratie an, die eben mit zu nichts verpflichtenden Worten das Reichsgerichts-Urteil gegen die „Weltbühne“ kritisiert hat.

Die sozialdemokratischen Polizeihäupter aber schützen den fragwürdigen Spruch des Reichsgerichts vor jeder Anfechtung, also auch vor der durch die Verurteilten von Ossietzky und Kreiser

Severing und Grzesinski solidarisieren sich hier in aller Öffentlichkeit mit dem Terror-Urteil des Vierten Strafsenats.

Wieder ein Fehlurteil

Reichsgericht bestätigt Urteil gegen Dr. Engel

TU. Leipzig, 27. November.

Der Strafsenat des Reichsgerichts hat unter dem Vorsitz des deutschnationalen Senatspräsidenten Gündel am Freitag die Revision des praktischen Arztes Dr. Joachim Engel aus Neustadt bei Coburg gegen das Urteil des Schwurgerichts Coburg vom 20. August 1931 verworfen. Engel war durch das Schwurgericht wegen Lohnabtreibung in einem Fall und wegen Betrages in drei Fällen

zu einem Jahr und sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden. Er hatte nach den Feststellungen des Urteils die Abtreibung aus Gewinnsucht vorgenommen.

*

Rechtsanwalt Apfel, der den Arzt verteidigte, hat kürzlich in der „Weltbühne“ die erschütternde Geschichte dieses Falles erzählt, die keinen Zweifel an dem Fehlurteil ließ, das das Schwurgericht Coburg gefällt hat.

Vertrauen für Laval

Mißtrauen gegen das nationalistische Deutschland

Paris, 27. November.

Die Kammer hat um 3 Uhr früh französischer Zeit ihre Sitzung geschlossen.

Es wurden drei Abstimmungen vorgenommen. Die erste Abstimmung galt der Priorität der sozialistischen Tagesordnung. Gegen diese Priorität hatte Ministerpräsident Laval die Vertrauensfrage gestellt. Die Kammer lehnte die Priorität der sozialistischen Tagesordnung mit 325 gegen 240 Stimmen ab.

Dann wurde die Priorität für die radikale Tagesordnung beantragt. Auch hier stellte Ministerpräsident Laval die Vertrauensfrage gegen diese Priorität. Die Kammer lehnte die Priorität der radikalen Tagesordnung mit 310 gegen 265 Stimmen ab.

Die dritte Abstimmung galt der von der Regierung angenommenen Tagesordnung Puch-Tastes. Diese Tagesordnung wurde mit 325 gegen 150 Stimmen angenommen.

Die Radikalen haben sich bei der Abstimmung der Stimmabgabe enthalten.

*

Die dritte von dem linksrepublikanischen Abgeordneten Puch und Tastes ausgearbeitete Tagesordnung lautet:

Die Kammer billigt die Erklärungen der Regierung und vertraut ihr, daß sie die Rechte Frankreichs wahrt und eine Politik

des Friedens und der internationalen Zusammenarbeit befolgt.

(Bericht über die Debatte Seite 3, Hauptblatt)

Neue Unruhen in Tientsin

Tokio, 27. November (Reuter)

Nach einer beim Kriegsministerium eingetroffenen amtlichen Meldung ist es gestern abend in Tientsin wieder zu Unruhen gekommen. Die Chinesen haben der Meldung zufolge plötzlich Gewehr-, Maschinengewehr- und Artilleriefeuer auf die japanische Konzeption eröffnet. Die Japaner antworteten erst, als eine Aufforderung, das Feuer einzustellen, unbeachtet geblieben war. Die Lage in Tientsin ist so ernst, daß das Kabinett heute früh eine außerordentliche Sitzung abgehalten hat, um über die Forderung der Militärbehörde auf Verstärkung der japanischen Garnison in Tientsin zu beraten.

Schünig suspendiert

Berlin, 27. November.

Der Aufsichtsrat der Behals hat am Freitag beschlossen, den Generaldirektor Schünig, der bekanntlich durch den Sklarek-Prozess aufs schwerste belastet ist, bis zur völligen Klärung der gegen ihn erhobenen Vorwürfe von der Führung der Geschäfte zu entbinden.

Klarheit!

Nach Lavals Rede

† Berlin, 27. November 1931

Man braucht die deutsche Presse nicht zu lesen um zu wissen, was sie zur Rede Lavals zu sagen hat. Schon die Ueberschriften über die Meldungen deuteten es an. „Erpresser, Shylock“ — das ist so, mit geringen Ausnahmen die liebliche Begleitmusik von der Hugenbergpresse bis zur kommunistischen. Man tut, als sei man aus einem schönen Traum aufgeweckt worden, als habe man erwartet, daß der französische Ministerpräsident den von den deutschen Nationalisten präsentierten Wechsel einlösen und auf alle Vertragsrechte Frankreichs verzichten würde. Auch die Wilhelmstraße läßt durch die ihr nahe stehende Presse mitteilen, daß sie „enttäuscht“ ist. Tüchtige Diplomaten haben wir! Sie haben nicht gewußt, was jedes politische Kind sich an den Knöpfen abzählen konnte.

Freilich eines ist richtig: Herr Laval hat so deutlich gesprochen, wie es seit langem von offizieller französischer Seite in Deutschland nicht gehört worden ist. Der Franzose ist bekanntlich höflich, spricht lieber zwischen den Zeilen als direkt. Das hat man in Deutschland mißverstanden und geglaubt, Frankreich einschüchtern zu können. Man hat bald mit der „bolschewistischen“, bald mit der faschistischen Gefahr manövriert und sich eingebildet, dieser Druck würde die Franzosen zum Nachgeben zwingen. Daß das gesamte Ausland um ein faschistisches Deutschland, wenn es nach den hessischen Rezepten „regiert“ würde — eine bolschewistische Gefahr besteht ja nicht — einen politischen Sanitätskordon legen würde, das ist anscheinend von den hohen Politikern nicht bedacht worden.

*

Herr Laval hat nach seiner Rede ein Vertrauensvotum mit 175 Stimmen Mehrheit bekommen. Die Radikalen hatten sich dabei der Stimme enthalten und man könnte geneigt sein, was denn auch die deutsche linksbürgerliche Presse versucht, diese Enthaltung als ein halbes Mißtrauen zu bewerten. Nichts falscher als das! Die Opposition der Radikalen (mit ihren mehr als hundert Stimmen) hat innerpolitische Bedeutung, ist richtig nur zu verstehen im Hinblick auf die kommenden Wahlen. Daher eine Distanzierung, die sachlich in der Außenpolitik nicht besteht. Und selbst die Differenzen zwischen Sozialisten und Laval sind nicht so wesentlicher Natur wie sie von außen scheinen mögen. Es sei erinnert an die Entschließung der sozialistischen Kammerfraktion nach dem Hoover-Evangelium, die deutlich feststellt, daß der ungeschützte Teil der Reparationen „in Anerkennung eines selbst dem Vertragsrecht überlegenen naturrechtlichen Grundsatzes geschuldet sind, daß es da weder Verwechslung noch Verjährung geben kann“. Und diese Entschließung hat weiter gefordert, daß der „Aufschub von un-zweideutigen Maßnahmen“ gleitet ist, die formell den Grundsatz der deutschen Verpflichtungen festhalten“. Also auch von dieser Seite Zustimmung zu der französischen nie aufgegebenen These, daß keinerlei Abdingbarkeit der Wiedergutmachung bestehen könne. Herr Laval hat also nicht, wie der „Populaire“ im Gegensatz zu der früheren Erklärung der

Kammerfraktion meinte, nur „für seine Mehrheit“ gesprochen, er hat tatsächlich für die Mehrheit des französischen Volkes gesprochen.

Und nun zu einem anderen Punkt! Laval hat Deutschland Größtenwahn und Verschwendungssucht vorgeworfen. Nichts wahrer als das! Trotzdem der Schrei der Enttäuschung darüber wird bei uns nicht ausbleiben. Und man wird sicherlich englische und amerikanische Pressestimmen finden, die den französischen Ministerpräsidenten mehr oder minder milde mahnen, doch etwas „prozüglicher“ zu handeln. Aber hier kommen wir zu einem Kapitel, das überschrieben worden muß mit dem Titel einer Broschüre, die nach dem Kriege erschienen ist: „Wie wir belogen wurden!“ Ja, wir erfahren in Deutschland wohl, wenn der Senator Bonah einen Extraktanz aufgeführt hat, das offiziöse Wolff-Büro, das so vieles verschweigt, was im Ausland vorgeht, berichtet wohl ausführlich, wenn eine englische Studentengruppe an einem Diskussionsabend dem Herrn von Rheinbaben und damit der deutschen Kampagne gegen den Versailles Vertrag „geek!“ gegeben hat (und sogar das „Berliner Tageblatt“ macht noch Wesens von solcher Bagatel!), aber wenn eine der angesehensten amerikanischen Zeitschriften mit einer Million Auflage, „The Saturday Evening Post“, einen riesenlangen Artikel veröffentlicht, der klipp und klar die Boswilligkeit des deutschen Schuldners feststellt, dann hört man davon in Deutschland nichts, und man muß schon zum Novemberheft der von F. W. Foerster herausgegebenen „Zeit“ greifen, um dieses wichtige Dokument kennenzulernen. Das gesamte Ausland, einschließlich England und Amerika, weiß genau, mit wem man es zu tun hat; es kennt die eigentlichen Dirigenten Deutschlands, und nur die Sorge um die festgefrorenen Kredite ist es, die englische und amerikanische, unter dem Einfluß der Geldgeber stehende Blätter eine Haltung einnehmen läßt, die in Deutschland als Sekundärdienst aufgefäßt wird. Bis zu dem Augenblick, wo man — es ist dann immer zu spät! — erkennt, daß man wieder einmal „glänzend“ isoliert und „eingekreist“ ist.

Dem Deutschland, das sich an abgestandenem Seccet labt, das sich von einem verschüttgegangenen Schacht führen läßt; dem Deutschland, das heute den Abenteuer Schlageter feiert und morgen in Schlesien gegen Polen unter dem Stahlhelm aufmarschiert; dem Deutschland, das an nichts anderes denkt als „den Young-Plan außer Kraft zu setzen“; dem Deutschland, das die Reparation nur als „Tribut“ bezeichnet; dem Deutschland, das Amerika durch seine Schulden auf Gedeih und Verderb an sich gebunden glaubt — dem Deutschland wird nicht von Frankreich (und ebensowenig mehr von einem anderen Land) Kredit gegeben werden, diesem Deutschland droht die sichere Katastrophe.

Ja, wären es nur die Kapitalsfürsten, die Schaufmacher von Industrie, Finanz und Grund und Boden, die dabei zugrunde gingen, man könnte solchen Ausgang als gerechte Strafe nur begrüßen. Aber diese Schmarotzer werden es wie immer verstehen, sich „gesund zu machen“ und den arbeitenden Massen das Fell nur noch mehr über die Ohren zu ziehen. Deshalb ist es ja so unsinnig von den Kommunisten, in das Tributgeschrei mit einzustimmen, statt den Kampf zu richten gegen die deutschen Wirtschaftsdiktatoren, ein Ende zu machen mit dem nationalistischen Gesindel. Denn so wird das Volk abgelenkt von seinen wahren Feindern. Die sitzen in Deutschland und nicht draußen! Was so von den Kommunisten hergestellt wird, ist eine „Volksgemeinschaft“ gegen den „Erfind“, sie erleichtert den Ausbeutern, ihre Finger in die Taschen des Proletariats zu versenken. Muß es immer wieder gesagt werden, daß es sich bei dem ganzen Streit zwar um Abmachungen zwischen kapitalistischen Mächten handelt, und daß doch ein finanzieller Bankrott Deutschlands nicht nur die deutsche, sondern mindestens die europäische Arbeiterschaft aufschwerstreffen würde?

Deshalb und nur deshalb muß das Proletariat kämpfen gegen das wirtschaftliche Chaos, das die deutschen Kapitalisten vorbereiten. Es ist ein Kampf gegen die herrschende deutsche Klasse, den es dann führt, ein Kampf, den es verbinden muß mit seinen positiven Forderungen auf Kontrollrecht auf Lenkung des Kapitalstroms, der sich aus einer deutsch-französischen Verständigung ergeben könnte, kurz, mit seiner Forderung nach einer planvollen Gemeinwirtschaft. Forderung, die es freilich nur durchsetzen kann im Kampf, nur durchsetzen durch Sammlung der breiten Massen hinter diese Parole. Nur Etappe ist die Abwehr gegen das außenpolitische Betrugssystem, das vom deutschen Kapital inszeniert worden ist, aber eine Etappe, ohne die der Vormarsch in freiere Gefilde nicht möglich sein wird. Herr Laval ist uns so gleichgültig wie die französische Bourgeoisie. Nicht für ihn setzen wir uns ein. Unser Kampf gilt immer der ganzen kapitalistischen Klasse, dieser ist nichts als eine Rettungsaktion vor dem Amoklauf des deutschen Nationalismus und Imperialismus. Was er verhindern will und verhindern muß, ist ein neuer europäischer Krieg, in dem das Proletariat sich verbluten müßte.

Aus einer sozialdemokratischen Mitgliederversammlung

Tolerierung Hitlers durch die SPD?

Tarnow ist optimistisch und will den Kapitalismus aufbauen — Ein Parteitag delegierter für Tolerierung Hitlers — Die Parteivorstandspolitik am Pranger

„Für die Parteiführung, die nichts als den Willen der Mehrheit der SPD-Mitglieder vertritt, bedeutet es eine harte Geduldprobe, bis die Minderheit eingesehen haben wird, daß wir mit unserer Politik recht haben.“

Wir fürchten, daß die Geduld von Fritz Tarnow, dem „Arzt am Krankenlager des Kapitalismus“, der diese Ausführungen in seinem Schlüsselwort auf der Mitgliederversammlung der 83. SPD-Abteilung in Berlin-Lichterfelde am 25. November machte, auf eine harte Probe gestellt werden wird. Tarnow, der vor nur 100 Genossen (die Abteilung hat 600 Mitglieder) über das Thema „Arzt oder Totengräber des Kapitalismus?“ sprach, rühmte den Aufstieg der Wirtschaft (des Kapitalismus) von 1924 bis 1929 als hervorragendes Verdienst der SPD. Er begrüßte ja die gefühlmäßige Auflehnung, die heute bei den Massen herrsche, aber die Frage sei doch, ob in den letzten Jahren überhaupt eine wesentliche Veränderung der Ertragsverteilung in der Wirtschaft stattgefunden habe. Diese Frage verneinte Tarnow. Man müsse einen grundlegenden Unterschied zwischen dem Wirtschaftssystem und der Wirtschaft machen. „Die Wirtschaft muß sein.“

Tarnow stellte dann die Alternative: Autarkie oder Weltwirtschaft? und entschied sich für den weltwirtschaftlichen Ausweg mit der vagen Hoffnung, daß „der Kapitalismus nach und nach unbedingt sozialistisch handeln“ müsse (!!). Helfen könne nur eine schnelle und nachdrückliche Regelung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen.

Den dritten revolutionären Ausweg gibt es für Tarnow nicht.

Er verbreitete sich dann ausführlich über die Verhältnisse in Rußland. Dort herrsche die „fürchterlichste Ausbeutung der Arbeiterklasse“, einschließlich sämtlicher kapitalistischer Auswüchse, wie Akkordarbeit, Antreiber-system und Prämiensystem.

Auf einen Zwischenruf aus der Versammlung: „Geht es in Rußland aufwärts oder berg-

ab?“, antwortete Tarnow: „Jawohl, es geht aufwärts, sogar sehr stark aufwärts, ja, Rußland hat sogar die glänzendsten Zukunftsaussichten. Wenn Rußland heute da wäre, wo es in 30 bis 50 Jahren sein wird, könnten wir mit Rußland zusammen der Welt sogar ein leuchtendes Beispiel der Wirtschaft geben.“

Mit diesem ungewissen Wechsel auf die Zukunft will Tarnow den praktischen Gegenwartsaufgaben der Arbeiterschaft aus dem Wege gehen. Oder nennt er es eine praktische Lösungsmöglichkeit der gegenwärtigen Krise, wenn er positiv nur zu sagen weiß, daß die bevorstehenden Reparations- und Stillhalteverhandlungen gelingen müßten und daß die individuelle durch die kollektive Unternehmervirtschaft ersetzt werden müsse, um nach und nach in einen „Staatssozialismus“ überzugehen?

„Auch wenn der Faschismus komme, sei er nur ein Umweg zum Sozialismus.“ Er, Tarnow, „siehe dahinter schon eine große sozialistische Welle ansteigen“.

In der Diskussion ergriff als erster ein Delegierter des Leipziger Parteitages das Wort. Nachdem er Tarnow für seine Ausführungen gedankt hatte, erklärte er: „Wenn ich den Genossen Tarnow recht verstanden habe, möchte ich nur mal die Notwendigkeiten, die sich nach meiner Ansicht aus seinen theoretischen Ausführungen für die praktische Parteipolitik der nächsten Zeit ergeben müssen, aufzeigen.“

Sollten wir nicht vielleicht die Nazis ganz legal an die Macht lassen?

Bis zum Frühjahr, wenn die Preußenwahlen stattfinden, haben sie sich dann sicher schon so abgewirtschaftet, daß wir sie im Wahlkampf niederstimmen können.“

Dann ergriff ein anderer Genosse das Wort. Er knüpfte an Tarnows Äußerung an, daß er in seinem Referat die öffentliche Parteimeinung, „Wenn das der Fall ist, dann muß hier offen ausgesprochen werden, daß die Partei nicht mehr marxistisch, nicht mehr klassenkämpferisch ist. Die Ausführungen des Vorredners

haben ja gezeigt, welche katastrophalen Folgen die von Tarnow vertretene Politik des Parteivorstandes zeitigten.

Jetzt ist es glücklich schon so weit, daß hier ein Genosse die Tolerierung Hitlers propagieren kann.“

Mit großer Schärfe rechnete der Diskussionsredner dann mit der Politik der SPD seit 1918 ab. Er zeigte auf, wie alle SPD-Illusionen über die Volksgemeinschaft und den Bürgerfrieden zerplatzt sind, daß sich in Deutschland heute die beiden Klassen in schärferem Gegensatz denn je gegenüberstehen. Der grundlegende Fehler in der Politik der Sozialdemokratie sei ihre völlig unmarxistische Auffassung vom Wesen des Staates.

Im Schlüsselwort wiederholt Tarnow seinen Angriff gegen Sowjetrußland, wo nicht die Arbeiterklasse, sondern die Clique der Kommunistischen Partei herrsche. (Zwischenruf: „Bereichert sich die?“) Tarnow: „Nein, es sind sogar Idealisten.“ (Zwischenruf: „Wo sind in Rußland die Kapitalisten und damit der Profit? Wem gehören die Produktionsmittel, den Arbeitern oder der Kommunistischen Partei?“) Tarnow übergibt diese Fragen und verurteilt den Gedanken der Einheitsfront, der nur ein politisches, aber kein wirtschaftliches Rezept sei. Es besteht die Gefahr des Reinfalls auf die kommunistischen Einheitsfrontparolen. Wenn überhaupt Einheitsfront, dann müßten sich die SPD- mit den KPD-Führern gemeinsam hinsetzen und über diese Fragen beraten. Tarnow glaubt, wie er in seinem Schlüsselwort noch ausführte, daß wie am Tiefpunkt der Krise angelangt sind und daß jetzt der „Umschwung“ beginnen werde. „So viel Glaube ward in Israel noch nicht gesehen“ kann man dem Theoretiker des ADGB mit der Bibel sagen. Die Auswirkung dieses Wunderglaubens bezahlen die Mitglieder der Gewerkschaften mit der Verschlechterung ihrer sozialen Lage, die durch die Passivität der Gewerkschaften gefördert wird.

Die Dokumente sind echt!

Die Nazi-Diktaturpläne

Hauptmann Goering als Sühneprinz bei Gröner — Das herzliche Einvernehmen mit der Reichswehr ungestört — Severings Konflikt mit dem Oberreichsanwalt

Die Bekanntgabe der Diktaturvorbereitungen der hessischen Nazis durch Severing hat sich äußerst schnell zu einem riesigen politischen Skandal erweitert, der nach den verschiedensten Richtungen hin seine Ausstrahlungen entsendet. Der Streit um die Echtheit oder Unechtheit der Dokumente hat sich nach kurzen Stunden zugunsten der Echtheit entschieden. Der Verfasser selbst, Amtsrat Best aus Alzey, hat öffentlich seine Autorschaft für die blutrünstigen Entwürfe zugegeben, nachdem der Oberreichsanwalt Werner persönlich ihm die Risikolosigkeit seiner „Privatarbeit“ eingeräumt hatte, die nie und nimmer den Tatbestand des Hochverrats erfülle.

Der Oberreichsanwalt drückt das in einem der Hugenbergpresse übergebenem Interview so aus:

„Soweit das Schriftstück Bests als Stütze zur Feststellung des Tatbestandes in Betracht kommt, handelt es sich doch offenbar um Maßnahmen, die sich gegen eine auf Grund der jetzt geltenden Verfassung im Amte befindliche Regierung nicht richten.“

Vielmehr ist vorausgesetzt, daß eine solche legale verfassungsmäßige Regierung gestürzt und durch die Herrschaft der „Kommune“ ersetzt sei. Diese ungesetzliche „Kommune“ sei dann abgelöst durch die Nationalsozialisten und erst dann sollen die Maßnahmen zur Wiederherstellung der Ordnung, Sicherheit und Ruhe in Kraft gesetzt und durchgeführt werden.“

Severings Vorgehen, das als Hauptschlag gegen die Nationalsozialisten gedacht war, die sich eben im Lande Hessen auf Einladung des Zentrums zur Eröffnung der Koalitionsgespräche bereit machten, erlitt also schon in der ersten Entwicklung einen fühlbaren Rückschlag. Das preußische Innenministerium hatte in dieser Angelegenheit ohnehin eine unglückliche Hand gezeigt; seine Taktik roch schon hier allzu sehr nach dem Geschick des Ministerialdirektors Spiecker, der im Reichsinnenministerium die Nazis auf ähnlich geniale Art bekämpft hatte, bis ihm Herr Groener das Tätigkeitsfeld enteignete.

Der zweite schwere Rückschlag für Severing trat ein, als der Fliegerhauptmann Goering, Hitlers Vertrauter, im Innenministerium Besuch machte, um den neuen Verbündeten Groener dessen zu versichern, daß die Reichsleitung der NSDAP den privaten

Stilübungen des „Pg“ Best vollkommen fernstehe. Herr Groener hat diese Mitteilung mit Dank zur Kenntnis genommen und Herrn Goering bestätigt, daß das Verhältnis seiner Behörde zur Nazi-Partei durch das eigenmächtige Vorgehen des preußischen Innenministers natürlich unberührt bleibe.

Im weiteren Ablauf der Geschehnisse konnte dann Minister Severing wieder einen Teilerfolg erringen, der aber an dem Mißgelingen der ganzen Aktion faktisch nichts mehr ändern konnte. Im Laufe des Freitags hat der Reichsjustizminister einen Bericht des Oberreichsanwalts eingefordert. Herr Werner hat in diesem nun vorliegenden Bericht seine früheren, für die Öffentlichkeit bestimmten Erklärungen ein wenig abgeschwächt und sie als teilweise mißverstanden bezeichnet. Er soll auch in einem Brief an den hessischen Innenminister erklärt haben, daß die Ausführungen seines Interviews für die Hugenbergpresse sich nicht gegen die preußischen und hessischen Stellen richten „sollten“, die die Hochverratsanzeige veranlaßt hätten. Wenn er in seinem Interview davon gesprochen habe, daß die Angelegenheit „auf einem mysteriösen Wege“ an die preußischen Stellen gelangt sei, so habe er diesen Ausdruck nur gewählt, weil ihm im Augenblick nicht erinnerlich gewesen sei, welche Persönlichkeit dem Denunzianten Schäfer den Rat gegeben habe, sich an das Polizeipräsidium Frankfurt a. Main zu wenden.

Mit diesen Erklärungen des Herrn Werner wird natürlich nicht das mindeste an dem Erfolg geändert, den Werners Vorgehen zugunsten der Nazis herbeigeführt hat.

Das Reich schließt sich Preußen nicht an!

TU. Darmstadt, 27. Nov. Auf eine Anfrage beim hessischen Ministerium des Innern wird der Telegraphen-Union mitgeteilt, daß die Frage, ob sich Minister Leuschner über den Oberreichsanwalt wegen Stellungnahme in der Angelegenheit gegen die Nationalsozialisten beschweren werde, noch Gegenstand von Erwägungen ist. Ein Beschluß über einen solchen Schritt ist noch nicht gefaßt worden.

Die TU.-Nachricht besagt, daß dem hessischen Herrn die Aussichtslosigkeit seines Beginns klar geworden ist. Die Beziehungen der Reichsämter zu den Nazis haben dem

Druck Hessens und Preußens standgehalten. Darüber belehrt auch die folgende Nachricht:

Berlin, 27. November. Die „B. Z.“ brachte heute die aufsehenerregende Nachricht, daß im Zusammenhang mit den Vorgängen in Hessen der Reichsinnenminister für die „geistige Bekämpfung der nationalsozialistischen Bewegung“ ein neues Dezernat, das Büro „M“ gebildet habe. Hierzu wird von zuständiger Stelle erklärt, daß diese Nachricht nicht den Tatsachen entspricht. Ein Büro „M“ ist zwar vor einigen Tagen eingerichtet worden, doch hat das mit der nationalsozialistischen Bewegung als solcher nichts zu tun.

Wie auch die früheren Innenminister, hatte Groener den Wunsch, für besondere Zwecke einige Herren zur Verfügung zu haben und er hat sich vier Herren ausgesucht und zu diesem Büro „M“ zusammengefaßt, das gewissermaßen ein erweitertes Ministerbüro darstellt. Es ist eine rein organisatorische Maßnahme, die keinerlei bestimmte politische Ziele verfolgt.

Wie man hört, wird diesem „persönliche Stab“ des Innenministers vornehmlich die Aufgabe zufallen, die Arbeit des Innern und die des Wehrministeriums in Einklang zu bringen. Chef des Büros wird der Ministerialdirektor Eugle Mayer, früher im Reichsministerium für die besetzten Gebiete. Als wichtigste Kraft wird ihm der Oberregierungsrat Dr. Erbe angehören, der schon kürzlich die bedeutsame Rede verfaßte, die Herr Groener auf der Konferenz der Länderminister vortrug.

(Siehe auch den Artikel „Jorns untersucht“ auf Seite 3.)

Das Winter-Almosen

Dietrich über die Winterhilfe Reichsfinanzminister Dietrich betonte, für die Erklärung der DVP habe er insofern Verständnis, als es schwer möglich sei, über eine neue Belastung der Finanzen zu sprechen, so lange über die Gestaltung der öffentlichen Finanzen in Reich, Ländern und Gemeinden und bei den sozialen Versicherungsträgern noch Verhandlungen schwebten. Vom Standpunkt seines Ministeriums müsse er wünschen, daß augenblicklich die Reichsfinanzen durch die Winterhilfe nicht groß belastet würden. Er persönlich sei der Meinung, daß eine Reichsaktion zur Verbilligung von Lebensmitteln für Erwerbslose nur noch beim Fleisch eingesetzt werden müsse.

Die deutsche Novemberrevolution

Von Georg Ledebour

13. Fortsetzung

14. Die Auswirkungen des reaktionären Weihnachtsputschs

Die Niederwerfung der angreifenden Reaktionstruppen durch die revolutionären Arbeiter und Matrosen am Weihnachtsmorgen war, militärisch betrachtet, ein voller taktischer Sieg. Aber politisch hat er sich nicht im Interesse der damals doch noch „sozialistischen“ Republik ausgewirkt. Staatsrechtlich war das, was Ebert, S. und L. angezettelt hatten, zweifelsohne ein hochverräterischer Akt. Die Volksmarine-Division war eine legalisierte militärische Formation. Glaubt man E., S. und L., daß diese Truppe wegen irgendeiner ihnen als Unbotmäßigkeit erscheinenden Handlung nicht nur aufgelöst, sondern mit Waffengewalt zur Kapitulation gezwungen werden müsse, so wären sie verpflichtet gewesen, einen dahingehenden Antrag

dem Gesamtkabinet der 6 Volksbeauftragten zur Genehmigung zu unterbreiten.

Das haben sie unterlassen in der Überzeugung, daß sie die Zustimmung ihrer drei unabhängigen Kollegen zu dem geplanten Blutvergießen nicht erhalten würden.

Ob Ebert für seinen Plan auf der Geheimstippe sich die Zustimmung des Hauptquartiers eingeholt hat, ist mir nicht bekannt. Vielleicht aber packt Herr General Groener auch darüber einmal aus. Aber auch diese Zustimmung hätte an der Rechtslage nichts geändert.

Dem dem Kriegsminister Schöch am Abend des 23. Dezember erteilte Befehl zur Ueberwälzung der Matrosen mit allen verfügbaren Mannschaften und Mitteln hätte als ein Akt des Hochverrats mit Fug und Recht bestraft werden müssen. Daß es damals nicht dazu gekommen ist, lag an den kurz vorher geschaffenen verfassungsrechtlichen Einrichtungen. Der Zentralrat deckte den Hochverrat.

Es ist nachher von einigen unserer Freunde gesagt worden: „Da seht ihr, die Geschichte wäre ganz anders ausgefallen, hättet ihr den Sitz im Zentralrat eingenommen.“ Das ist ein Irrtum. Wir Unabhängigen wären nur eine Minderheit im Zentralrat gewesen. Die kompakte Mehrheit der SPD hätte unter allen Umständen ihre obersten Führer gedeckt. Ob diese Deckung durch einen Einheits- oder Mehrheitsbeschluß erfolgte, wäre nur ein Schönheitsunterschied, der tatsächliche Nutzeffekt aber der nämliche gewesen. Wir hätten dann, wie Haase, Dittmann und Barth aus dem Rat der Volksbeauftragten, auch aus dem Zentralrat ausscheiden müssen. So oder so: Die revolutionäre Arbeiterschaft stand seit dem 24. Dezember den reaktionären Machthabern, die sich am 9. November nur vorübergehend revolutionär getarnt hatten, nunmehr unverzüglich gegenüber.

Es wurde auch andererseits gegen uns noch der Vorwurf erhoben: Weshalb habt ihr nicht euern Sieg ausgenutzt, die Oberputschisten in der Reichskanzlei verhaftet und die deutsche Räte-Republik proklamiert? Berechtig dazu wären wir sicher gewesen, aber wir waren am Weihnachtstage bei den Verhandlungen mit den besiegten Generalen noch des Glaubens, daß wir es da nur mit einem aus den Löhnungsstreitigkeiten spontan entstandenen Militärputsch zu tun hatten. Die Wahrheit ist ja später erst allmählich durchgesickert. Ob wir damals auch für eine solche Aktion die Massen auf unserer Seite gehabt hätten, ist zweifelhaft. Die nachträgliche Spekulation über solche Möglichkeiten wäre Zeit- und Kraftvergeudung.

Ich will noch erwähnen, daß ich am 23. und 24. Dezember im Marstall und in der Universität den obersten Matrosenführer Dorrenbach nicht zu sehen bekommen habe, ebensowenig einen Spartakisten-Führer. Wohl aber haben die Spartakisten eine eigene Aktion unternommen, indem sie

das Vorwärts-Gebäude besetzten. Däumig übernahm es in unserem Auftrage,

Verarmt — aber stramm reaktionär!

Verhinderte Zwangsversteigerung

Lauenburg a. d. Elbe, 27. Nov.

Zu einer bei den Hofbesitzern Schulz und Haak in Juliusburg wegen rückständiger Steuern angesetzten Zwangsversteigerung waren etwa 300 Landleute unter Mitführung einer schwarzen Fahne erschienen. Trotz mehrfacher Aufforderung wurde kein einziges Gebot abgegeben. Dagegen sang die Menge nationalsozialistische Kampflieder. Die Versteigerung mußte ohne Ergebnis abgebrochen werden.

diese unsinnige Aktion rückgängig zu machen. Das ist ihm auch gelungen. Am folgenden Tage erklärte aber die „Rote Fahne“, das nächste Mal würden sie nicht wieder aus dem „Vorwärts“ abziehen. Darüber gab es zwischen uns und Karl Liebknecht eine scharfe Auseinandersetzung. Er erklärte, den Artikel nicht geschrieben zu haben, verteidigte ihn auch nicht. Die „Rote Fahne“ hat aber ihre Leser niemals ermahnt, einen so unsinnigen Streich nicht wieder zu begehen. Diese Unterlassungssünde hat sich nachher sehr unheilvoll ausgewirkt. Denn in den Januar-Kämpfen 1919 glaubten die Spartakisten wieder, eine besonders revolutionäre Großtat zu verrichten, indem sie die Gebäude des „Vorwärts“ und des „Tageblatt“

besetzten. Die Besetzungen entzogen sich dadurch dem Straßenkampf und ermöglichten den Reaktionstruppen die baldige Einnahme der besetzten Gebäude.

In der USP gab es Meinungsverschiedenheiten über die Beteiligung an den gegen uns beschlossenen Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar.

Da ich an der Diktatur des Proletariats mittels des Rätessystems festhielt,

lehnte ich eine Kandidatur für die Nationalversammlung ab und legte auch mein Amt als Parteivorsitzender nieder. Haase blieb zunächst allein Vorsitzender.

Ich lege aber Wert darauf, zu betonen, daß nach meiner Überzeugung die Diktatur

des Proletariats nur so verstanden werden darf, daß nach der Machtgreifung das Proletariat diktatorisch sozialistische Einrichtungen schafft bis zur völligen Umgestaltung der kapitalistischen in eine sozialistische Gesellschaftsverfassung. Nicht aber darf sich das siegreiche Proletariat durch terroristische Missetaten bescheiden. Ich habe ja selbst durch die Tat bewiesen, daß ich bereit bin, meine Freiheit und mein Leben für unsere große Sache einzusetzen. Indem ich aber in der Nacht zum Weihnachtstage die Lebensrettung unseres Gegners Otto Wels durchsetzte, habe ich mich auch als Gegner jedweden Terrors erfolgreich betätigt.

(Weitere Artikel folgen.)

Bravo, Herr Professor!

Der „SAZ“ wird geschrieben:

Manchmal weht durch die von sozialreaktionärstem und wirklichkeitsfremdestem Geist erfüllten Lehrstühlen der kommenden Aerztegeneration doch schon ein frischer Luftzug der neuen Zeit.

Da zeigt der Professor seinen Medizinstudenten eine junge Frau, im vierten Monat schwanger. Eine Rachitis — Proletariatskrankheit, so gut wie die Tuberkulose — hat ihr ein hochgradig verengtes Becken hinterlassen, das eine Geburt auf natürlichem Wege unmöglich macht. Zweimal ist sie so schon operativ, durch Kaiserschnitt, entbunden worden. Und der Professor erzählt, daß sie sich jetzt weigere, die Operation noch einmal durchzumachen. Auch daß sie wirtschaftlich nicht in der Lage ist, das dritte Kind auszutragen und autzuziehen, verschweigt er nicht. Und was wird nun kommen? Sicher wird er, wie üblich, über die nationale Pflicht zur Mutterschaft, zur Erhaltung der Volkssubstanz und über die Heiligkeit des gesetzlich geschützten, keimenden Lebens sprechen. Sicher wird er also folgerichtig jeden Eingriff zur Unterbrechung der Schwangerschaft ablehnen!

Stattdessen hört man aus so autoritativem Munde ganz andere, fast ungläubliche Worte:

„Wir können diese Frau nicht nach Hause schicken und ihr sagen: „du mußt dein Kind austragen“, denn damit schicken wir sie nur zum Kurpfuscher... Wir müssen bei der Beurteilung, ob eine Schwangerschaft ausgetragen werden darf, auch soziale Gesichtspunkte berücksichtigen. Wir dürfen uns nicht streng an ihren Wortlaut des § 218 halten.“

Der Beifall einer Minderheit, während die Mehrheit des überfüllten Hörsaals sich eisig ruhig verhielt, zeigt, besser noch als diese Sätze, aus dem Gedächtnis nachgeschrieben, die Tendenz seiner Worte. Dieser Arzt und Mensch, dessen politische Einstellung unbekannt und auch gleichgültig ist, der es gewagt hat, als Inhaber eines ordentlichen Lehrstuhls die muckerhaften, offiziellen Äußerungen seiner Fakultätskollegen zu desavouieren, ist es wert, der Arbeiterschaft genannt zu werden. Es ist Professor Wagner, Direktor der Frauenklinik an der Berliner Charité.

Für einen Zwischenruf:

Zehn Tage Haft!

Brüningsche Schnelljustiz im Dienste der Faschisten

Plauen, den 26. November. Daß wir uns in der „freiesten Republik“ der Welt bereits im Stadium der faschistischen Macht befinden, beweist ein Strafbefehl, den dieser Tage ein Elsterberger Arbeiter erhalten hat und durch den ihm

zehn Tage Haft zudiktirt werden, weil er in einer Naziversammlung — einen Zwischenruf gemacht hat!

Hier ist das historische Dokument, ein Zeugnis deutscher Freiheit und Gleichheit:

Strafbefehl

Sie werden beschuldigt, groben Unfug verübt zu haben, indem Sie am 9. 10. 31 eine von der NSDAP einberufene öffent-

liche Versammlung im Gasthaus „Goldenes Lamm“ in Elsterberg durch laute, unsachliche und ungehörige Zwischenrufe und laute Unterhaltung störten und dadurch die Versammlungsteilnehmer in erheblicher Weise beunruhigten, was Sie auch beabsichtigten.

Beweismittel: 1. Polizeikommissar Quersfeld, Elsterberg;
2. Polizeihauptwachmeister Matthias, Elsterberg;
3. Fabrikarbeiter E. R. Emmerich, Elsterberg;
4. Stadtverordneter Menge, als Zeugen,
eine Haft-Strafe von 10 — zehn — Tagen.
Amtsgericht Elsterberg gez. Dr. Weber

Erziehungshölle Waldhof



Das Erziehungsheim Waldhof bei Templin ist — wie wir bereits berichteten — der Schauplatz furchtbarer Mißhandlungen gewesen, die gegenwärtig von der Prenzlauer Staatsanwaltschaft untersucht werden. Bei den Zöglingen dieser Anstalt handelt es sich größtenteils um schwachsinnige oder psychopathische Jugendliche, die von mehreren Erziehern mit Wissen des Direktors auf unmenschliche Weise geschlagen worden sein sollen. Wahrscheinlich sollten die mißhandelten Jugendlichen durch die von den Pastoren und Pflegern der „Inneren Mission“ verabreichten Prügel normal und gottesfürchtig werden.

Das Dokument ist in mehr als einer Hinsicht lehrreich. Es entscheidet nicht mehr der Versammlungsleiter, ob Zwischenrufe erlaubt sind, das ist im Sinne der glorreichen von der SPD tolerierten Notverordnung das Recht der Polizei. Es genügt aber schon „laute Unterhaltung“, um zu einer Haftstrafe von zehn Tagen zu kommen. Ob die Unterhaltung „laut“ ist, entscheidet auch die Polizei.

Zwischenrufe in einer Versammlung werden mit Haftstrafe belegt, Nazikolonnen, die Arbeiter überfallen, wie in diesen Tagen erst in Falkenstein, gehen straffrei aus. Das alles wird von der SPD toleriert. Die Justiz stellt sich um auf die kommende 100prozentige faschistische Herrschaft. Die SPD aber toleriert den Weg der Nazis zur Herrschaft und beschimpft die anderen, die die letzten Widerstandskräfte im Proletariat zusammenfassen wollen, als Steigbügelhalter der Faschisten.

Wann dämmert es bei den SPD-Arbeitern?

Nach 15 Jahren die Sprache wiedergewonnen

CNB, Düsseldorf, 27. November.

Ein Kriegsinvalide, der im Kriege verächtet wurde und dabei seine Sprache verloren hatte, ist jetzt nach 15 Jahren von seiner Stummheit erlöst worden. Im Kreise seiner Familie war eine heftige Debatte entstanden, die den Mann derart erregte, daß er plötzlich wieder zu sprechen begann.

Gasunglück in Warschau

Sechs Tote

Warschau, 26. November.

Von der Städtischen Rettungsgesellschaft wurden heute vormittag aus einem Hause sechs Tote geborgen, die durch Leuchtgas ums Leben gekommen waren. Fünf Vergiftete liegen hoffnungslos darnieder. Das Gas war aus dem Hauptrohr in zwei Kellerwohnungen eingedrungen. Da unter den Bewohnern der Kellerwohnungen Streit entstanden war, hält man es für möglich, daß das Gasrohr angefeilt worden ist. Die Untersuchung dauert an.

Neuer Oelsondenbrand in Rumänien

Bukarest, 26. November.

Im Petroleumgebiet von Moreni ist wieder eine Sonde in Brand geraten. Durch die explodierenden Gase wurden sechs Arbeiter schwer verletzt. Der angerichtete Schaden beträgt etwa 10 Millionen Lei.

Waffenschmuggel für Spaniens Kirche

Sie ist Führerin der Konterrevolution

Paris, 26. November.

Wie Havas aus Biarritz meldet, hat die französische Polizei einen Waffenschmuggel, der nach Spanien hinüberspielt, aufgedeckt. In Saint Jean de Luz wurden zahlreiche Kisten mit Tausenden von Patronen für Kriegswaffen, zahlreichen Revolvern und mehreren Maschinengewehren entdeckt. Dieses Material sei von zwei spanisch-baskischen Flüchtlingen zurückgelassen worden. Diese Waffen waren von Marseille mit dem Zuge nach Bordeaux geschickt worden und dann auf dem Umwege in Autodroschen nach Saint Jean de Luz. Sie sollten wahrscheinlich von dort auf dem Seeweg oder über die Gebirgspfade nach Spanien weiterbefördert werden.

*

Im Zusammenhang mit der Beschlagnahme von Waffen und Munition an der spanisch-französischen Grenze durch die französische Polizei wurden auf spanischer Seite zwei Rechtsanwälte und ein junger Mann aus Bilbao verhaftet. Sie erklärten, sie hätten die Waffen katholischen Geistlichen zukommen lassen wollen, damit diese sich im Falle eines Angriffes verteidigen könnten. Mit weiteren Verhaftungen wird gerechnet.

Wie die öffentliche Meinung gemacht wird

Der Credit-Anstalt-Fonds zur Information des Auslandes

Wien, 26. November.

In der heutigen Sitzung des Finanzausschusses brachte der Abgeordnete Danneberg (Sozialdemokrat) die Angelegenheit des 30000-Schilling-Fonds der Credit-Anstalt zur Sprache, dessen Verwendung nach den bisherigen Zeitungsberichten und auch nach der von der Credit-Anstalt ausgehenden offiziellen Mitteilung von den Zeitungen und besonders von den Vertretern der ausländischen Presse, wie in der Öffentlichkeit überhaupt, als verachtete Bestechung von Zeitungen und demnachsten aufgelöst und dementsprechend verurteilt wurde. Dieser Versuch solle auch nicht nur einmal im Mai, sondern auch ein zweites Mal, ebenfalls mit einem Betrage von 30000 Schilling im August unternommen werden. Die verschiedenen Journalisten-Vereinigungen hatten bereits öffentlich dagegen protestiert, daß sie in Verdacht geraten, solche Bestechungsgelder genommen zu haben, und restlos Aufklärung verlangt. Das Finanzministerium müsse in diesen Dingen Klarheit schaffen, da es etwas davon gewußt haben mußte, wenn auch der Minister selbst damals noch nicht im Amt war. Danneberg verlangte schließlich die Bekanntgabe einer Liste derjenigen, die solche Bestechungsgelder bekommen hatten.

Der großdeutsche Abgeordnete Straßner äußerte sich in ähnlichem Sinne wie sein Vorredner. Auch der Redner der Christlich-Sozialen forderte volle Klarheit darüber, welche Bewandnis es mit der angeblich 60000 Schilling betragenden Zuwendung habe. Finanzminister Weidenböffer erklärte: Was die Zeitungsnachrichten über angebliche Zuwendungen an die Presse anlässlich der Krise in der Credit-Anstalt angeht, so wisse er über die Angelegenheit nicht mehr, als was in den Zeitungen gestanden habe, weil er zu der betreffenden Zeit nicht Leiter des Finanzressorts war. Weidenböffer fuhr fort: Von Amtsgeldern kann nach den Erhebungen gar keine Rede sein. Es ist bloß richtig, wie es die Credit-Anstalt mitgeteilt hat, daß tatsächlich Spesenbeiträge zu einer außerordentlichen und, wie sie sagt, wichtigen Berichterstattung verwendet wurden. Aber dieses Geld ist von einem Bankkonto abgehoben worden, in das man wegen des Bankheimnisses nicht hineinleuchten kann. Man kann also nicht verlangen, daß gesagt werde, was von diesem Bankkonto abgehoben wurde, an wen es ausgezahlt wurde usw. Aus der Aktion des Bundes könne noch nicht abgeleitet werden, daß die Credit-Anstalt aufgehört habe die Privation zu sein. Das Finanzministerium könne infolgedessen für solche Dinge nicht verantwortlich gemacht werden. Er könne auch nicht sagen, welche Blätter und welche Beträge in Frage kämen. Der Minister

sagte weiter: Was die Äußerungen des Abgeordneten Straßner über die Verbreitung des Communiques der Credit-Anstalt durch die Amtliche Nachrichtenstelle anlangt, so wurde diese Mitteilung durch die Amtliche Nachrichtenstelle als Nachricht übermittelt, da die Blätter in den Bundesländern in einem Abonnementsverhältnis zum Amtlichen Presseedienst stehen und daher Anspruch darauf haben, einen vollkommenen Nachrichtendienst zu erhalten, ohne daß diese Nachrichten deshalb amtlich seien. Er persönlich verurteile

derartige Machenschaften, weil sie zum mindesten den Anschein einer Beeinflussung haben.

Schließlich wurde ein Antrag Danneberg angenommen, in welchem die Regierung aufgefordert wird, dem Finanzausschuß am 1. Dezember die detaillierte Aufstellung über die von der Credit-Anstalt zur Beeinflussung der Presse ausgezahlten Gelder vorzulegen.

Vermahlungszwang und Lebensmittelzölle

Ankündigung des englischen „Schiele“.

London, 26. November.

Im Unterhaus erklärte der Landwirtschaftsminister, daß die Regierung sich zur Einführung eines Vermahlungszwanges für Weizen entschlossen habe und dem Parlament ein dementsprechendes Gesetz vorlegen werde, durch das der Plan schon auf die Ernte des neuen Jahres anwendbar werde. Ferner sei beabsichtigt, ein Gesetz einzubringen, um durch Einfuhrzölle die Einfuhr von gewissen, nicht lebensnotwendigen landwirtschaftlichen und gartenwirtschaftlichen pflanzlichen Erzeugnissen zu vermindern.

Die Gliederung der Bevölkerung der Sowjet-Union nach Stadt und Land

	1929	1930	1931
Gesamtbevölkerung	154,4	157,7	163,0
Stadtbevölkerung	29,2	30,3	33,2
Landbevölkerung	125,2	126,8	129,8

Aus diesen Angaben ist ersichtlich, daß, während die Gesamtbevölkerung im Jahre 1930 gegen 1929 eine Zunahme von 2,1 Proz. aufweist, die Stadtbevölkerung um 5,8 und die Landbevölkerung um 1,8 gewachsen ist. 1931 hat die Bevölkerung gegen 1929 insgesamt um 5,6 Proz. zugenommen, die Stadtbevölkerung aber um 13,7 Proz., die Landbevölkerung um 3,7 Proz. (Ekon. Shisn, 7. 11.)

Lohnsenkung um 37 Prozent!

WTB Andernach, 27. November.

Die Vereinigten Arbeitgeberverbände Neuwied, deren Geschäftsbereich das Andernacher, Neuwieder und Sinziger Wirtschaftsgebiet umfaßt, hatten zum 30. d. M. den Tarifvertrag für die Fabrikarbeiter gekündigt. Gestern sind nunmehr die Forderungen der Arbeitgeber den Gewerkschaften zugestellt worden. Diese Forderungen laufen — nach einer Berechnung der Gewerkschaften — auf eine Lohnsenkung für die Betriebe um 25 Prozent, für die Industrie der Steine und Erden sogar um 37 Prozent hinaus. Auch die Akkordlöhne sollen um zehn Prozent gesenkt werden. Die Gewerk-

schaften haben diese Forderungen auf das entschiedenste abgelehnt.

Teilstreik

In der Armaturenfabrik F. Butzke u. Bernhard Joseph A.G., Ritterstraße 27 in Berlin streiken wegen Lohndifferenzen von einer Gesamtarbeitskraft von 245 Mann 15 Mann der Schleiferei.

Die Christen machen Eingaben

Der liebe Gott wird sie hören
CNB Berlin, 27. November.

Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands hat sich heute in einer dringenden Eingabe an die Reichsregierung gewandt, in der ausgeführt wird, es sei ein Irrtum anzunehmen, daß durch die bloße Senkung der Löhne und Gehälter die Preise in entsprechendem Ausmaße von selbst fielen. Die Preise seien längst nicht dem vor mehr als Jahresfrist eingesetzten Absinken der Löhne in hinreichendem Maße gefolgt, hingegen seien in den letzten Tagen und Wochen in wichtigen Gewerben erneut erhebliche Lohnherabsetzungen vorgenommen worden. Besonders auf die Senkung der Lebensmittelpreise und der überhöhten Preisspannen sei stärkster Nachdruck zu legen. Desgleichen sei Preis-, Miet- und Zinssenkung im Interesse einer gesunden und produktiven Wirtschaft im beschleunigten Verfahren durchzuführen. Die Frage der Verwaltungs- und Reichsreform müsse jetzt ebenfalls in Angriff genommen werden.

Zahlungseinstellung der Brennabor-Werke

Berlin, 27. November.

Die seit 60 Jahren bestehende Firma Gebrüder Reichstein Brennabor-Werke in Brandenburg a. Havel, eines der größten deutschen Privatunternehmen, ist infolge der Wirtschaftslage gezwungen, sich an ihre Gläubiger zu wenden.

Der schrumpfende Welthandel

Das erste Halbjahr 1931 brachte die bisher stärkste Schrumpfung, die der Welthandel im Verlauf der gegenwärtigen Krise erfuhr. Gegenüber der entsprechenden Zeit des Vorjahres ging wertmäßig der Welthandel — berechnet auf Grund des Außenhandels von 48 Ländern — nach den Mitteilungen des Deutschen Statistischen Reichsamtes (Wirtschaft und Statistik, Nr. 21, 1931) um 28 Proz. zurück. Dieser Rückgang ist etwa doppelt so groß wie der im ersten Halbjahr 1930 gegenüber dem ersten Halbjahr 1929.

Setzt man den Außenhandelsumsatz im ersten Halbjahr 1928 = 100, so liegt der Außenhandelsumsatz des ersten Halbjahres 1931 um mehr als ein Drittel darunter, gegenüber 1929 beträgt der Rückgang sogar volle 40 Proz. Diese starke Abnahme ist zum großen Teil durch die rückläufige Preisbewegung bedingt,

auf die etwa die Hälfte des Rückgangs zurückzuführen ist. Gegenüber einem Welthandel in Höhe von etwa 126,3 Milliarden im ersten Halbjahr 1929, haben wir es im ersten Halbjahr 1931 nur noch mit einem Welthandel in Höhe von 77,8 Milliarden zu tun, so daß

in absoluten Zahlen gemessen in den letzten zwei Jahren der Welthandel, jeweils auf das erste Halbjahr bezogen, um 48,5 Milliarden, im letzten Halbjahr allein um 30,3 Milliarden zurückging.

Von diesem Rückgang wurden die überseeischen Länder stärker betroffen als die europäischen Länder, so daß sich der Anteil Europas am Welthandel weiter erhöhte und sich gegenwärtig wieder dem Vorkriegsstand nähert. Während noch 1929 — immer die Zahlen des ersten Halbjahres zugrunde gelegt — der Außenhandel Europas um 3,5 Milliarden hinter dem der überseeischen Länder zurückblieb, liegt 1931 der europäische Außenhandel bereits um 15 Milliarden über dem der überseeischen Länder. Einer Abnahme des europäischen Außenhandels im ersten Halbjahr 1931 gegenüber der entsprechenden Zeit des Vorjahres um 24,2 Proz., entspricht ein Rückgang bei den überseeischen Ländern in Höhe von 33,8 Proz.

Einfuhr und Ausfuhr liegen wertmäßig im ersten Halbjahr 1931 bei allen europäischen Ländern unter dem Stand des Vorjahres. Doch weisen Rußland und Litauen mengenmäßig eine nicht unerhebliche Einfuhrzunahme auf, während bei Frankreich, der Schweiz, Irland, Griechenland und den drei nördlichen Ländern mengenmäßig die Einfuhr weder zu- noch abnahm.

Die stärkste Einfuhrabnahme verzeichnet Deutschland, wertmäßig um 33 Proz., mengenmäßig um 15 Proz.

Die größten Ausfuhrückgänge unter den europäischen Ländern hatten Frankreich, dann Oesterreich, Jugoslawien, Schweden, Großbritannien und Ungarn. In Übersee ist — im Gegensatz zu Europa — die Ausfuhr stärker gesunken als die Einfuhr, was deutlich die starke Schrumpfung der Kaufkraft der Überseeländer zum Ausdruck bringt. Die Einfuhrückgänge betragen zwei Fünftel bis zur Hälfte der Einfuhr des vergangenen Jahres und waren am stärksten in Neuseeland, Aegypten, Brasilien und Australien. Der Ausfuhrückgang hält sich bei den wichtigen überseeischen Ländern zwischen 20 Proz. (Japan) und 40 Proz. (Britisch-Indien).

Defizit bei Steuereingängen

Wie das Reichsfinanzministerium mitteilt, ist das Steueraufkommen im Oktober 1931 gegenüber der Einnahme im Oktober 1930 mit 1082,8 Millionen M.

um 189,4 Millionen M. zurückgeblieben. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß im Oktober 1931 64,5 Millionen M. Krisensteuer, die im Rechnungsjahr 1931 neu eingeführt worden ist, aufgekomen sind, im Oktober 1930 dagegen noch 16,2 Millionen M. Reichshilfe der Personen des öffentlichen Dienstes, die mit dem 1. Februar 1931 aufgehoben wurde.

Die Mindereinnahmen sind hauptsächlich auf die Verschlechterung der allgemeinen Wirtschaftslage zurückzuführen.

Die französisch-schwedischen Wirtschaftsbeziehungen

Paris, 27. November.

Handelsminister Rollin hatte gestern mit dem schwedischen Gesandten eine längere Unterredung über die französisch-schwedischen Wirtschaftsbeziehungen. Durch das Abgehen Schwedens von der Goldwährung sind schwedische Exportwaren von der französischen Regierung mit einem gewissen Zuschlagszoll belegt worden. Der französische Handelsminister soll zugesagt haben, im Maße des Möglichen den Wünschen des schwedischen Handels Rechnung zu tragen.

Preissenkung durch Umsatzsteuererhöhung?

Über die kommenden Steuererhöhungen in der Winterverordnung weiß die „Kölnische Zeitung“ vom 26. November einige interessante Angaben zu machen. Danach rechnet die Reichsregierung gegenüber dem zurzeit geltenden Haushaltsvoranschlag bis zum 31. März 1932 mit einem

weiteren Fehlbetrag von annähernd 400 Millionen Mark

Um diesen Fehlbetrag aus der Welt zu schaffen, denkt man an eine

Erhöhung der Umsatzsteuer auf 2 Proz. und an eine Einführung einer Couponsteuer.

Die Umsatzsteuer sollte in diesem Jahre 995 Millionen einbringen. In Wirklichkeit sind bis Ende Oktober jedoch nur 610 Mill. Mark aufgebracht worden, man wird bis zum Ablauf des Rechnungsjahres höchstens noch 800 Millionen Mark erwarten können. Infolgedessen wird sich allein bei der Umsatzsteuer gegenüber dem Voranschlag ein Minderbetrag von 175 Millionen Mark ergeben, die durch eine Erhöhung der Umsatzsteuer auf 2 Proz. ab 1. Januar ausgeglichen werden soll. Davon hervorgehen 20 Proz. den Ländern und Gemeinden überwiesen werden müssen, würden der Reichskasse aus dem Mehraufkommen der Umsatzsteuer 123 Mill. Mark zufließen, so daß der zu erwartende Fehlbetrag kaum zu einem Drittel dadurch gedeckt würde.

Um eine weitere Deckungsmöglichkeit zu schaffen, denkt man ferner an eine Couponsteuer, also an eine Wiedereinführung der Kapitalertragssteuer. Auch im besten Falle würde eine solche Kapitalertragssteuer nicht ausreichen, um das Defizit zu decken. Die Reichsregierung wird nach diesen Angaben also gezwungen sein, darüber hinaus noch an die Eröffnung neuer Finanzquellen heranzugehen. Und die „Kölnische Zeitung“ spricht in diesem Zusammenhang von der

Schaffung neuer Reichsmonopole.

Nahere Angaben darüber finden sich bisher nicht. Mit Recht kritisiert die „Kölnische Zeitung“ an diesen Plänen, daß sie das Gegenteil dessen bewirken müssen, was die Reichsregierung in den „Lettlinien“ des Wirtschaftsbudgets ankündigte. Bekanntlich ist die Umsatzsteuer über diejenigen Steuern, die nicht nur auf die Preise aufgeschlagen wird, sondern daneben hinaus noch immer zu einer außerordentlichen Preissteigerung durch Abrundung der Verkaufspreise nach oben führt. Insbe-

sondere muß die Umsatzsteuererhöhung bei den Lebensmitteln zu einer weiteren Preissteigerung beitragen, während inzwischen der Abbau der Löhne und damit der Kaufkraft der Konsumenten immer weiter fortschreitet. Die Preissenkung wird also nach wie vor eine fromme Sage bleiben, wie die angekündigte Tarifsenkung, die ja sich nur auf die kommunalen Tarife beziehen soll, während die Post- und Eisenbahntarife von den Ankündigungen Brünings im Wirtschaftsbeirat nicht betroffen sind. Man wird wohl billig bezweifeln können, daß bei der wachsenden Verarmung der Konsumenten kommunaler Betriebe und bei der schweren Finanzlage der Kommunen und Länder, gerade die Kommunen und Länder als einzige mit einer Preissenkung vorgehen können, wenn gleichzeitig die Wirtschaftspolitik und Finanzpolitik des Reiches einen entgegengesetzten Weg geht. Es bleibt also dabei, daß die Reichsregierung sich hilflos im Krisensturm treiben läßt und nicht imstande ist, einen anderen Weg zu gehen als den bisherigen: nämlich den Weg des Lohnabbaues.

Der neue Kurs

Blutregiment gegen Arbeitslose in England

TU London, 27. November.

Am Donnerstag fanden in London an mehreren Stellen Arbeitslosenkundgebungen statt, die teilweise in

Dauergefächte zwischen Polizisten und Arbeitslosen

ausarteten. Die Kundgebungen sind auf eine neue Polizeiverordnung zurückzuführen, wonach vor den Arbeitsnachweiser keine Ansammlungen und Ansprachen mehr stattfinden dürfen. Überall waren Polizisten aufgestellt, die die Redner sofort unterbrachen. Als einer der Agitatoren festgenommen wurde, griff die Menge die Schutzleute an und bewarf sie, so daß sie von ihren Stöcken Gebrauch machten. — An einer anderen Stelle besetzten die Arbeitslosen einen Neubau und bewarfen die Polizisten mit Backsteinen, wobei mehrere Fußgänger verletzt wurden. Bei einer dritten Kundgebung entspann sich eine einständige Straßenschlacht zwischen etwa 500 Arbeitslosen und Polizisten. Auf beiden Seiten wurden 20 Personen verletzt. Eine große Zahl von Arbeitslosen wurde festgenommen.

Deutschland fordert Abrüstung ... der anderen

Kundgebung des „Arbeitsausschusses Deutscher Verbände“

Sie waren am Mittwoch wieder alle zusammen, die Repräsentanten des „nationalen“ Deutschlands, schön vereint im „Arbeitsausschuß Deutscher Verbände“ und machten „Einheitsfront“ über das Thema „Deutschland und die Abrüstungskonferenz 1932“. Keiner ließ sich lumpen. Der „linke Demokrat“ Lemmer von der Staatspartei forderte Arm in Arm (welche Ehre!) mit dem Nazihäuptling Generalleutnant a. D. Ritter von Epp sein Jahrhundert in die Schranken gegen das „Diktat von Versailles“. Ja, sie waren alle da: der Zentrumsmann Dr. Vockel und der deutsch-nationale Fregattenkapitän a. D. Scheibe, der Graf von Quadt von der Bayerischen Volkspartei und Herr Sachsenberg von der Wirtschaftspartei. Es war da, als Leiter, der volksparteiliche Gouverneur a. D. Schnee und zahlreiche Vertreter aller möglichen Behörden. Alles natürlich ehrliche Pazifisten, die den Krieg verabscheuen und nie ein Wasserchen getrübt haben.

Und so vereint stießen sie ein Wehgeheul aus über das arme Deutschland, das zwar keinen Krieg, aber Waffen haben will, min-

destens soviel wie „die andern“; über das arme Deutschland, das von allen Seiten bedroht ist, dem tagtäglich der Gesang der französischen Hakenkreuzler in den Ohren klingt: „Siegreich woll'n wir Deutschland schlagen“, und das alles tut, den im deutschen Volk nur noch als Restbestand noch vorhandenen Wehrwillen auszurotten. Unter der musikalischen Leitung des Berliner Lehrergesangsvereins schrien sie die Not Deutschlands in die Welt und stellten „Grundsätze für die Abrüstungspolitik“ auf, die die Abrüstungskonferenz anzunehmen hat, wenn Deutschland nicht „beesse“ werden soll. Der in Genf ausgearbeitete Konventionsskizzenentwurf wird selbstverständlich als unzureichend einmütig verworfen.

Kurz und gut, man hat's denen da draußen wieder einmal gezeigt und konnte — geeint wie 1914 — befriedigt wieder nach Hause gehen. Wacht doch das Reichsgericht und Herr Jörns darüber, daß kein „militärischer Verrat“ ungeahndet bleibt! Es war wieder einmal eine erhebe Feiern, die ihre Wirkung auf das Ausland bestimmt nicht verfehlen wird. Ob sie freilich den Erwartungen der Einheitsfrontler entspricht, das ist eine andere Frage.

Lokalblatt der SAZ

Reichsausgabe

Düsseldorf

Beitragscheue Unternehmer. Die Düsseldorfer Tuchgroßhandlung Nußbaum, Kaiser-Wilhelm-Straße 57, beschäftigt seit über 5 Jahren eine Putzfrau. Obwohl diese Beschäftigung regelmäßig ausgeübt wurde, war der Lohn für diese erhebliche und schwere Arbeit nur auf 1,80 bis höchstens 3 Mark pro Woche bemessen, so daß die Putzfrau sich außerdem noch um andere Putzstellen bemühen mußte, um ihr allermotdürftigstes Leben fristen zu können. Apathisch, wie leider sehr viele solcher Frauen infolge ihrer übergroßen Not und der großen Ausbeutung werden, hatte sich die Putzfrau auch nie um ihre Sozialversicherung gekümmert. Beiträge zur Invalidenversicherung sind vom Arbeitgeber nie geleistet worden. Als nunmehr die Landesversicherungsanstalt auf diese Beitrags hinterziehung aufmerksam wurde und von Herrn Nußbaum für die Dauer von zwei Jahren Beiträge nachverlangte, wurde Nußbaum rabiat. Er erklärte nunmehr der von Not gepeinigten Putzfrau, daß sie, wenn sie nicht dafür Sorge, daß diese Beitragsgeschichte rückgängig gemacht wird, mit sofortiger Wirkung entlassen sei. Auf Vermittlung hin erklärte Nußbaum, daß er das immer so mache. Er habe vor noch nicht allzu langer Zeit eine Büroangestellte entlassen, weil die AOK Beiträge für eine früher entlassene Angestellte nachforderte. Er stehe auf dem Standpunkt, daß er, wenn der Staat von ihm — nach seiner Auffassung — etwas zu unrecht verlange, den Staat schädigen müsse, indem er von ihm Beschäftigte arbeitslos macht, damit der Staat diese unterhalten müsse. Und das quenze halber tun. So sehen die Schreier aus, würde er auch in diesem Falle der Konsequenz von der Belastung der öffentlichen Wirtschaft reden.

Bottrop

Tritt gefaßt! Marschier mit! Bottrop ist eine Hochburg der Kommunisten. Das ist für den marxistisch geschulten Menschen keine Überraschung. Die sozialdemokratische Partei Bottrops jedoch steht dieser Tatsache verständnislos gegenüber und stammelt als Entschuldigung für ihre örtliche Schwäche stets nur von dem „Unverständnis der Massen, der sie umlagert schwarz und dicht.“ So hat sie nach 1918 eine Position nach der anderen verloren und ist heute fast zu einer Sekte geworden, die sie im Schatten des Zentrums der „demokratischen Fortschritte“ erfreut. Die Kommunisten aber machen weiter in wohl ehrlieh gemeinter, aber sinnloser Parolenpolitik. Nur so ist es zu verstehen, daß in der Bergarbeiterstadt Bottrop, der kinderreichsten Stadt Preußens, von einem Einfluß der Arbeiterschaft auf die Geschicke der Stadt kaum etwas zu spüren ist. Nur hat auch Bottrop eine Ortsgruppe der SAP. Sie weiß, wo der Hebel anzusetzen ist, um die Sünden der Vergangenheit wieder gut zu machen. Sie sieht die unheuren Schwierigkeiten, die zu überwinden sind. Sie weiß aber auch, daß diese Arbeit geleistet werden muß, wenn der proletarische Befreiungskampf vorwärts getrieben werden soll. Darum reißt sie an die Arbeit und hört nicht auf die Mühsamer und Snötter. Am Sonntag, den 29. November, hält sie um 16 Uhr im Gemeinützigen Gasthaus, Aegidistr., ihre erste ordentliche Mitgliederversammlung ab. Das ist der Beginn des Kampfes um die Einheit der Bottroper Arbeiterschaft. Mitkämpfer sind zu dieser Versammlung herzlich eingeladen.

Die Freie Turnerschaft hatte zu einer Mitgliederversammlung ins Lokal Keisel, Holzstraße, geladen. U. a. kam ein Schreiben der Stadtverwaltung zur Kenntnis, wonach ein Zuschuß zu dem Sportplatzbau an der Körnerschule, der von judenlichen Erwerbslosen des Vereins hergestellt wurde, abgelehnt worden ist. Die Mittel zur Betreuung erwerbsloser Jugendlicher seien vorläufig erschöpft. Die Stadtverwaltung will aber bei der nächsten Verteilung den Verein berücksichtigen. Vom Kassierer wurde bemerkt, daß der Platzbau die finanziellen Mittel des Vereins vollständig erschöpft habe, und ein Zuschuß deshalb unbedingt notwendig sei. Die Arbeitersportvereine seien sowieso nicht auf Rosen gebettet und eine Weiterführung der jugendpflegenden Arbeit im Interesse der Jugend unerläßlich. — Die Mitgliederbewegung ist im großen und ganzen stabil geblieben. Die Oppo versucht alles, um in die Reihen der freien Turner einzubrechen. Trotz einiger Abgänge an die Oppo hat sich der Mitgliederbestand der freien Turnerschaft aber erhöht. Weiter hat man rund dreißig Kinder in der Kindergruppe erfaßt. — Eine Bezirkskonferenz aller Bezirksfunktionäre und Unterepartienfunktionäre soll demnächst in Gladbeck stattfinden. Am 9. und 10. Januar 1932 ist außerdem ein Lehrgang des Bezirks; es sind unter anderem folgende Vorträge vorgesehen: „Sport und Politik“, „Vom seelischen und geistigen Wesen der Jugend“. — Vom Genossen Schneider wurde die Frage Reichsbanner-Schutzsport und Arbeitersport angeschnitten. Der Arbeitersport sei grundsätzlich gegen eigene Schutzsportabteilungen des Reichsbanners, die nur die Aufwärtsentwicklung des Arbeitersports hemmen. Allerdings seien auch schon Ansätze im Schutzsport vorhanden, sich dem Arbeiter-Turn- und Sport-Bund anzuschließen. Wie die Dinge örtlich liegen, liege ein Aufgehen der Schutzsportabteilungen in die Arbeitersportvereine im Interesse der proletarischen Klasse. Genosse Erich Stark betonte, daß eine starke politische Aktivität der Genossen nur von Nutzen für die Bewegung sei. Der Verein muß sich ein

Massenversammlung in Ludwigshafen

In einer sehr gut besuchten öffentlichen Versammlung im großen Saal des Städtischen Gesellschaftshauses behandelte Genosse Seydewitz in Ludwigshafen das Thema „Die politische Lage und das Programm der SAP“. Reicher Beifall dankte dem Redner für die begeistert aufgenommenen Ausführungen.

An der Diskussion beteiligten sich SPD, KPD, KPO, Syndikalisten und ein weiterer Kommunist als angeblicher „Parteiloser“. Am ungünstigsten schnitt der SPD-Rechtsanwalt Wagner (Mdr) ab, der um die klaren Feststellungen des Genossen Seydewitz in bekannt demagogischer Weise herumredete und unter „Oh!“-Rufen der übergroßen Mehrzahl der Anwesenden, auch sehr vieler SPD-Mitglieder, mit hochrotem Kopf sehr aufgeregt von der Bühne abtrat. Die sozialdemokratische

„Pfälzische Post“ hat sich inzwischen für diese Abfuhr ihres Parteiredners durch den zu erwartenden Ludendorff-Bericht zu rächen versucht, dem sie den Untertitel „Wer hilft den Faschisten? — Seydewitz und die Kommunisten“ gab.

Aber gerade dieser unsachliche Kampf stärkt unsere Ortsgruppe. Die Arbeiterschaft wendet sich in wachsender Zahl ab von den Trägern solcher „sozialistischer“ Methoden.

Auch in der Versammlung selbst, die gegen Mitternacht beendet war, konnten einige Neuaufnahmen vollzogen werden. Die Veranstaltung war ein voller Erfolg für die SAP, und noch lange wird man hier in den Betrieben begeistert sprechen von dem zielklaren Sozialismus des Genossen Seydewitz und der SAP.

starkes politisches Rückgrat verschaffen. Die Einstellung der Sportler zur Partei sei sehr kritisch, man könne nur der sozialistischen Partei Sympathie entgegenbringen, die eine klare und positive Einstellung gegenüber dem Arbeitersport zeige, der SAP. — Da durch Abgang einiger Funktionäre Ergänzungswahlen vorgenommen werden mußten, schritt man zur Wahl eines Schriftführers, zu dem Genosse E. Stark gewählt wurde. Als Revisor wurde W. Rautenberg, als Platzkassierer ebenfalls W. Rautenberg gewählt. In den Spielausschluß wurde Genosse Walter Preuß gewählt. — Das unproletarische Verhalten eines Spielers wurde in der Versammlung scharf verurteilt. Genosse Schneider beantragte, über diesen Genossen ein Spielverbot zu verhängen und ihn bis auf weiteres vom Spielbetrieb auszuschließen. Die Versammlung war damit einverstanden. — Im Monat Februar findet eine Jugendwerbestellung statt.

Münster i. W.

Zur Gründungsversammlung der SAP-Ortsgruppe hatte sich im Saal des Restaurants Pickler eine stattliche Anzahl Besucher eingefunden. Genosse W. Decker aus Dortmund sprach über das Thema: „Warum SAP?“ Nach einer sehr ausgiebigen Diskussion wurde die Gründung einer Ortsgruppe beschlossen. Zum Vorsitzenden wurde der Genosse Heinz Gnegel, zum Kassierer der Genosse W. Holtkötter und zum Schriftführer der Genosse Hans Blaesing gewählt. Mit dem festen Entschluß, alles daran zu setzen, um recht bald eine stabile Ortsgruppe zu bekommen und dann auch mit einer größeren Veranstaltung an die Öffentlichkeit zu treten, ging die Versammlung auseinander.

Lünen

Auch ein Totentanz. Die Ortsgruppe der SAP hatte eine Mitgliederversammlung mit Gästen. Darüber schreibt die „Westfälische Allgemeine Volkszeitung“ in einem „Totensonntagstimung der Spalter“ überschriebenen Artikel: „Man spekulierte auf die sozialistische Jugend Lünens... der Besuch war mehr als mau.“ Die SAJ hatte unaufgefordert gebeten, an der Versammlung teilnehmen zu dürfen. Der „maue“ Besuch dokumentierte sich durch die Anwesenheit von über 80 Teilnehmern, darunter drei Kommunisten, etwa zehn SAJlern und 60 Genossen der SAP. Wenn „die größte Partei Deutschlands“, die SPD, hier eine Mitgliederversammlung hat, dann zählt man zehn bis zwölf Teilnehmer und nennt wahrscheinlich die Versammlung überfüllt. In der Diskussion sagte ein Genosse der SAJ, daß er leider die Berechtigung der Kritik des Referenten an der SPD-Politik anerkennen müsse. Auch er stehe in Opposition zum Parteivorstand, glaube aber durch Betätigung innerhalb der SPD auf die Richtung ihres Kurses mehr Einfluß zu haben als in einer neuen Partei. (Das haben wir auch mal geglaubt. Gläubigkeit, auch Glaube an die beruflichen Führer ist ein Zeichen von jugendlichem Idealismus!) In der „Volkszeitung“ sieht das aber so aus: „Deutlich gab er den Spalter die Absage und gelobt der Sozialdemokratie und deren Führern Treue.“ Weiter wird erzählt, daß beim Schlußwort des Referenten die SAJ „für den noch zu verzappenden Kohl“ gedankt und der Saal verlassen habe. In der gleichen Nummer der „Volkszeitung“ steht in einem Versammlungsbericht aus Holzwickede, daß ein kommunistischer Redner das Wort abgeben mußte, „beim Schlußwort im Saal zu bleiben“. Hier verurteilt man also mit Recht einen Störungsversuch, der wie ein Heldenstück gefeiert wird, wenn man ihn selbst ausführt. Uebrigens hat sich die SAJ durchaus nicht so niederträchtig benommen, wie der tapfer zu Hause gebliebene Berichterstatter es gern haben möchte, denn ihr Führer entschuldigte sich und seine Genossen, daß sie uns vorzeitig verlassen müßten, um noch rechtzeitig zu einer eigenen Versammlung zu kommen. Der von Sachlichkeit nicht getriebene Bericht der „Volkszeitung“ stellt eine einzige widerwärtige persönliche Hetze dar gegen unsere Genossen, besonders den Referenten Willi Decker und gegen einen kommunistischen Diskussionsredner, der als Schwerkriegsbeschädigter die Jugend vor dem Ver-

trauen zu einer militärfrommen Parteileitung gewarnt hat. Wenn es uns nicht schon allein der gute Geschmack verbieten würde, wir würden uns hüten, dem Berichterstatter der „Volkszeitung“ auf das Niveau erbärmlicher und schmutziger Beschimpfung zu folgen, da wir ihm gern zugestehen, daß er auf diesem Kampfgebiet, in dem er so ganz zu Hause ist, uns überlegen schlagen würde. Da schreibt dieser Wahrheitskämpfer, daß mancher (gemeint ist: Sapist) sich geschämt habe, „daß eine Partei in so dreckiger Weise und noch dazu mit seiner Hilfe heruntergerissen wird“. In Wahrheit geschämt hat sich nach seiner eigenen Äußerung der Führer der SAJ, „weil er für die SPD habe sprechen müssen“. Es schämen sich auch die meisten der SPD-Genossen, die wie wir Sachlichkeit und Vornehmheit der Kampfweise schätzen, wegen des hetzerischen und unanständigen Tones ihres Artikelschreibers; das wird uns immer wieder von allen Seiten bestätigt. Unsere SAP-Genossen haben keinen Grund, sich zu schämen — dennoch: „Totensonntagstimung im Herzen zogen sie heim“, aber gestärkt durch den Gewinn von acht neuen Mitgliedern.

Hamburg

In einer Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Hamburg der SJV wurde in einer scharfen, aber sachlichen Auseinandersetzung unsere Stellung zum KJVD behandelt. Im Taktischen gingen die Meinungen vielfach auseinander; Einmütigkeit bestand aber darüber, daß SAP und SJV die Aufgabe haben, Brücke zur Klasseneinheit zu sein, daß die Organisations-, insbesondere mit der KPD und dem KJVD, eine Notwendigkeit ist, der wir uns nicht verschließen dürfen. Der Wille zum gemeinsamen revolutionären Handeln muß in den proletarischen Massen selbst wachsen; die Einheit des Proletariats wird nicht an irgendwelchen Vorstandstischen beschlossen, sie kann nicht von oben diktiert werden, sie muß von unten kommen. Die nach dem Programm vorgenommenen Wahlen hatten folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender: Franz Bobzien; 2. Vorsitzender: Ludolf Mevius; Beisitzer: Seidl, Herta Thunak, Strate, Genossin Grewe, Wettern, Noske, Fiesch. Außerdem wurden Türkontrollen und Revisoren gewählt. Zur Reichskonferenz werden entsandt als ordentliche Delegierte Samann, Mevius, als Gastdelegierte Noske, Seidl und außerdem als Reichsausschußmitglied Bobzien.

Harburg-Wilhelmsburg

Wie Ministererlasse und Notverordnungen Anwendung finden, dafür ein Musterbeispiel aus Harburg Wbg I. Hier wollte das Reichsbanner am 23. d. M. einem toten Kameraden das letzte Geleit geben. Doch hatte es nicht mit dem letzten Erlaß des „Kameraden“ Severing gerechnet. Als der Trauerzug sich durch die Straßen bewegte, kam eine Polizeibereitschaft in rasendem Tempo angerückt und forderte die hinter dem Sarg marschierenden Reichsbannerleute auf, mit zur Wache zu kommen. Diese wollten ihren toten Kameraden nicht verlassen, zogen die Windjacken aus und legten sämtliche sonstigen Erkennungszeichen ihrer Verfassungstreue ab. Jedoch die republikanische Polizei war zu keinerlei Tolerierung bereit, sperrte die Straße hinter dem Leichenauto ab und zerstreute das Trauergefolge. Bei dieser Gelegenheit fielen anscheinend auch Gehörcke und Zylinderhüte unter das Uniformverbot. Auch der Genosse Grabbert, Vorsitzender der SPD, befand sich im Trauerzug. Er soll über diese Regierungsmethoden Karl Severings nicht sehr erfreut gewesen sein. Dieser tiefbetäubende Vorfall hat unter den Reichsbannerarbeitern sehr erregte Diskussionen ausgelöst, und wir hoffen, daß er manche falsche Vorstellung über den Staat und seine Exekutivgewalt beseitigen hilft.

Greifswald

Die öffentliche Versammlung der SAP, die am Totensonntag um 14 Uhr mit dem Genossen Rosenfeld als Redner im Generschaushaus abgehalten wurde, wurde etwas durch die ungünstige Zeit beeinträchtigt. Eine Vormittagsversammlung war von der Polizei verboten worden. In der reaktionären

Universitätsstadt ist das nicht weiter verwunderlich. Es wurde von vornherein bekanntgegeben, daß Genosse Rosenfeld sein Referat abkürzen müsse, um noch den Zug 4.11 Uhr benutzen zu können, da er am nächsten Tag zum „Welthüne“-Prozess nach Leipzig müsse. Die Mehrzahl der Anwesenden folgte den Ausführungen des Genossen Rosenfeld: „Warum SAP?“ mit sichtlichem Interesse. Leider konnten es einige KPD-Leute nicht unterlassen, den Redner dauernd mit unsachlichen Zwischenrufen zu unterbrechen. Zur Diskussion wurden im Hinblick auf die zur Verfügung stehende kurze Zeit und weil das Lokal kurz nach 16 Uhr für eine andere Veranstaltung geräumt werden mußte, je einem Vertreter der SPD und der KPD je 10 Minuten Redezeit gewährt. Einspruch wurde dagegen nicht laut. Genosse Böhmke von der KPD referierte anfänglich sachlich, wurde dann aber zum Schluß gegen den Genossen Rosenfeld ausfällig und pries die NGO-Politik. Er hatte seine Redezeit schließlich auf 20 Minuten ausgedehnt. Die SPD, die zur Stellung eines Diskussionsredners schriftlich aufgefordert worden war, kniff. Es ist festgestellt worden, daß dieses Schreiben den Mitgliedern gar nicht bekanntgegeben worden ist. Da ein Vertreter der SPD nicht vorhanden war, wurde dem Genossen Rosenfeld das Schlußwort erteilt. Mit einem Mal erhob sich der Kommunist Kirchheiner, der im Namen der Antifa sprechen wollte. Da uns diese Methoden der KPD, aus Versammlungen Anderdenkender kommunistischer Versammlungen zu machen, bekannt sind, wurde dem Sprecher das Wort entzogen. Darauf sprang Kirchheiner als Propagandist der Einheitsfront besonders bekannt, auf und forderte alle KPD-Genossen auf, das Lokal zu verlassen. Eine Anzahl KPD-Leute verließ das Lokal mit dem Zuruf der Bleibenden: „So sieht eure Einheitsfront aus!“ Selbst die zurückgebliebenen KPD-Genossen bezeichneten diese Aktion als Blödsinn. Verschiedenen Genossen der KPD sind hierdurch die Augen geöffnet worden. Im Schlußwort konnte Genosse Rosenfeld die Ausführungen des Kommunisten glänzend entkräften. Erheitert wirkte es, daß während des Schlußworts eine Anzahl Kommunisten, die sich so demonstrativ entfernt hatten, sich nach und nach wieder hereinfanden. Fünf Neuaufnahmen konnten gemacht werden.

Cunewalde

SPD fährt Kanonen auf! Mit großen Plakaten und Inseraten lud die hiesige Ortsgruppe der SPD zu einer öffentlichen Versammlung ein. Thema: „Neue Inflation? Die Verschönerung von Harzburg?“ Da die SAP in unserem Bezirk guten Fuß gefaßt hat, und unsere erste öffentliche Versammlung einen gewaltigen Erfolg verbuchen konnte, wurde auch das noch bestehende SPD-Grippchen plötzlich wach. Aus Berlin kam er, der Referent, und außerdem ist er noch Mitglied des Parteivorstandes. Mit seinen bekannten Phrasen konnte Otto Frank aber die Hörer nicht begeistern. Als er 1 1/2 Stunden sich die ordentlichste Mühe gegeben hatte, die Tolerierungspolitik zu rechtfertigen, klatschten am Ende von etwa 180 Besuchern höchstens zehn ganze Mann Beifall, während in unserer Versammlung, die von 300 Personen besucht war, wahre Beifallsstürme ausbrachen. Da wir aber keinen Referenten frei hatten, meldete sich zur Debatte niemand. Auch die Kommunisten hatten keinen Redner. Frank ließ es sich auch im Verlaufe seines Referats nicht nehmen, auf uns „Spalter“ mächtig zu schimpfen. Er führte u. a. aus, daß die SAP zwischen den beiden großen Parteien der SPD und KPD bald ihre Sterbestunde erleben müsse. Uns erdrückt so schnell niemand, wir sind im Erwachen und Aufsteigen und werden kämpfen, bis wir die Macht haben und den Sozialismus verwirklichen können!

Wegen Arbeitslosigkeit in den Tod. Seinem Leben selbst ein Ende bereitet hat hier ein 52 Jahre alter erwerbsloser Arbeiter. Da er das eintönige „Wohlfahrten“ nicht mehr ertrug, ging er in den Wald und erhängte sich.

Versammlungs-Kalender

Achtung! Ortsgruppen im Bezirk Hamburg-Nordwest, Oldenburg-Oldisland, Sonntag, 29. November, 10 Uhr, Bezirksreferentenkonferenz in Bremen. Die Tagung ist bei Neuborn, Meyerstraße, zu erreichen mit Straßenbahnlinien 6, 5, 15.
Genosse Andreas Portane, Frankfurt, spricht in öffentlichen Versammlungen über das Thema „Wo wurzelt die Kraft gegen den Faschismus? In der geschlossenen Klassenfront der Arbeiter oder in Staatsprüden?“ in
Lützendorfmund am 30. Nov., 20 Uhr, bei Gondermann, Provinzialstraße.
Schwelm am 1. Dez., 20 Uhr, im Viktoriasaal, Kölner Str.
Bochum-Linden am 2. Dez., 20 Uhr, in der Wirtschaft Lutz.

Erscheinen aller Genossen Pflicht! Sorgt für guten Besuch!

Verantwortlich für den reaktionären Pol: W 11 Schaber für Invert, Johanna Hofmann Verlag Siebel Zeitung Verlagsges. m. H. Druck: Georg Koenig, sämtlich in Berlin O 27. Magazinr. 15-16.
SAZ Sozialistische Arbeiterzeitung erscheint täglich außer Montags.
Redaktion: Berlin O 27, Magazinr. 15-16, Tel. Kuppergraben E 2 2004.
Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinr. 15-16, Tel. Kuppergraben E 2 2005.
Bezugspreis für einen Monat durch die Postanstalt: RM 2 40, einschließlich Postgebühr durch die Postbezugs RM 2 10, und RM 28 Zuzahlung durch den Verlag bezogen RM 2 10 und RM 28 Zuzahlung durch den Kreuzband RM 2 10 monatlich, ansonsten RM 1 30 Porto.
Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsgebiete.
Alle Zahlungen sind zu leisten an Siebel Zeitung Verlagsges. m. H. Berlin O 27, Magazinr. 15-16, Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 158 928.

Feuilleton der SAZ

Offenbarungseid

Von Friedrich Burschell

Der mit soviel Herzklopfen betretene Raum, von dem man denken konnte, daß in ihm die Wirtschaftskrise zur lebendigsten Anschauung kommt, zeigt kaum den Schatten der Menschen, nur den ewig eintönigen Zustand der Not. Das ist, so grausam es klingt, für die Betroffenen sichtlich recht angenehm. Denn je größer und allgemeiner das Elend wird, desto leichter hat es wenigstens hier der einzelne, desto unauffälliger kann er in der Menge verschwinden. Er hat sein Geltungsbedürfnis zu Hause gelassen und wünscht kein Interesse an seinem Fall. Der geplagte Richter kommt diesem Wunsch mit größter Bereitwilligkeit entgegen. Er hat weder Zeit noch Lust, auf nähere Umstände einzugehen. Ihm gefällt der auch mit seinen Worten knappe Schuldner am besten. Mit dem Instinkt der Geschlagenen spüren es die anderen heraus, und mit der Unterwürfigkeit, die aus derselben Quelle stammt, richten sie sich heflissen danach. Trotzdem sind manche entlassen, bevor sie es merken. Der Richter winkt ab und ist schon gleich bei der nächsten Nummer. Die Arbeit geht wie am laufenden Band.

Wenn eine Reihe der Zahlungswilligen abgemacht ist, folgt eine Serie Offenbarungseide. Das Wort hat einen furchtbaren Klang. Nicht nur irdische Drohung. Alle Schrecken des jüngsten Gerichts schwingen in ihm. Davon ist hier nicht viel zu merken.

Der Richter nimmt das nach bestem Wissen ausgefüllte Vermögensverzeichnis zur Hand und liest es den Schuldnern noch einmal vor. Er liest sehr rasch, er präzisiert, berichtigt die eine oder andere Angabe, am liebsten macht er mit seinem Füllfederhalter Striche über ganze Spalten hinweg. Die Leute besitzen so wenig, es lohnt sich nicht. Auch hier ist alles unauffällig: zwei Anzüge, zwei Paar Schuhe, ein Mantel, drei Hemden, damit ist meist die Sache erledigt. Der Richter zeigt kein Mitleiden, er quält nicht, er bohrt nicht, er scheint zu wissen, wie arm die Menschen in Deutschland sind. Nur um einer leichten Pflicht zu genügen, liest er den Arbeitslosen und Kleinen Angestellten in fragendem Tone vor: „Geschäftsanteile an Gesellschaften? Grundstücke und Rechte an Grundstücken?“ Er macht seine Striche, ohne das stumme Verneinen erst abzuwarten, das den Gegenstand dieser Fragen in unfähliche Ferne rückt. Angesichts des nahen Eides fällt einem Schuldner noch etwas ein: es handelt sich um ein Taschenmesser, das er unter Spalte drei aufzuführen vergessen hatte. Eine einzige Frage schafft manchmal Verwirrung, die Frage nach dem barren Geld. Man kann Vorbedachte beobachten, die sich nicht damit begnügen wollen, schriftlich niedergelegt zu haben, was sie an Geld besitzen. In diesem Punkt wollen sie sich wirklich offenbaren. Sie ziehen ihr Portemonnaie aus der Tasche und sind im Begriffe, den Inhalt auf die Schranke zu zählen. Der Richter wehrt ab und daran allein, wie die Hände jetzt stecken, kann man die Tiefe der Demütigung ermessen.

Schließlich kommt es zum Eid. Der Richter fordert alle Personen im Zimmer auf, sich von ihren Plätzen zu erheben. Er stellt die übliche Frage, ob der Schuldner den Eid in religiöser oder weltlicher Form leisten wolle. Kaum einer unter hundert wagt weltlich zu schwören, daß er nur drei Hemden besitzt, und das Merkwürdigste, was in dem Zimmer geschieht, ist der überraschende Schluß, daß es weniger aufzufallen scheint, eine so karge Bekundung bei Gott zu beschwören.

Lest und verbreitet
die vom Parteivorstand
herausgegebenen Broschüren

Der Todeszug

Nach authentischem Material erzählt

Von Jörg Metzler

„Laß,“ sagte Marjanka zu ihrem Vater, der wimmernd auf den Knien liegt, „sie werden uns nicht töten. Wir haben ihnen nichts getan. Wir haben die Roten nicht unterstützt. Unsere Unschuld wird sich herausstellen.“ Der Alte reiht sich das silberne Kreuzifix vom Hals und beginnt zu beten. Er betet heiß und inbrünstig. Die Tränen laufen ihm über die runzligen Wangen. Da trifft ihn ein Fußtritt eines weißgardistischen Offiziers, daß er dumpf hinschlägt. Das Mädchen wirft sich schreiend über den Vater. Die Peitsche saust durch die Luft.

Der Offizier schreitet weiter. Er haut rücksichtslos auf die am Boden liegenden Gefangenen ein, wenn sie nicht schnell genug beiseite rücken. „Dieses Gesindel!“ Der Offizier wendet sich an den Bahnhofsvorsteher. „Wann geht der Zug?“ -- „In einer Stunde!“ „In einer Stunde? Das kann eine nette Fahrt werden mit diesem Bolschewistenpack. Wenn man nur wüßte, wo man es abladen soll.“ Der Offizier inspiziert die Posten, die mit aufgepflanztem Seitengewehr auf dem Bahnsteig stehen und stumpf auf die frierenden und hungernden Gefangenen blicken, die ganz eng zusammengedrückt sind, um sich an ihrer Körpertemperatur zu wärmen. „Nachher beim Einsteigen aufpassen, daß niemand entwischt. Sofort Feuer geben.“ Die Posten nicken stumm; sie treten von einem Bein auf das andere. Auch sie frieren und wünschen, daß endlich der Zug einlaufe.

Eine Viertelstunde später rollt der Zug heran. Ein Riesenzug von fünfzig Waggons. Geschrei erhebt sich. Die Gefangenen werden mit Peitschen geschlagen. „Erhebt euch, ihr Schweine!“ Eine ältere Frau, die ein Bündel mit Habseligkeiten unter den Arm geklemmt hat, erhält einen Kolbenschlag, daß sie bewußtlos zu Boden sinkt.

Schrielle Kommandostimmen. Die zehntausend Gefangenen werden eingeteilt. In Gruppen von vierzig und fünfzig. Die Posten öffnen die Viehwagen. Und mit Peitschenhieben, unter dem Gejohle der betrunkenen Soldateska, werden die Gefangenen in die Wagen getrieben. Knirschen der Riegel, protestierende Stimmen, ein Schuß. Ein Toter bleibt auf dem Bahnsteig zurück.

Kurz vor der Abfahrt schreiten die Offiziere noch einmal den Zug entlang und revidieren die Verschlüsse. Dann steigen sie in ihren mit Heizung eingerichteten Extrawagen, holen die Karten hervor und beginnen zu spielen.

Langsam setzt sich der Zug in Bewegung.

Der Zug fährt durch Ostsibirien. Heulend braust der Schneesturm heran. Die Gefangenen, die in den Wagen eingepfercht liegen, ohne Heizung, ohne Nahrung, in ungenügender Kleidung, schreien vor Hunger und Kälte. Die Gefangenen: Rotgardisten, Angehörige kommunistischer Gesinnung, Verdächtiger und Unpolitische. Zehntausendeinundert Menschen, Männer und Frauen, in Ungewißheit über ihr Schicksal, zerschlagen, verwundet, krank.

Nach fünf Tagen gibt es die erste Nahrung. Bewohner eines Ostsibirischen Dorfes eilen an den Zug und schleppen Brot herbei. „Brüder!“ rufen sie, „von wo kommt ihr?“ „Wohin fahrt ihr?“ Aber die in den Waggons haben keine Zeit zum Antworten. Sie greifen nach dem Brot, sie reißen es sich aus den Händen. Die Soldaten verteilen die Nahrung so wahllos, daß die Insassen der letzten zehn Waggons ohne Brot bleiben. Die bleichen Gesichter gegen die Gitterstäbe gedrückt, die

Augen vor Gier weit aufgerissen, sehen sie, daß sich ihnen die Wachtmannschaften mit leeren Händen nähern. Sie bitten, sie fluchen. Sie schieben geballte Fäuste aus den Wagenöffnungen. Da klatschen die Peitschen gegen die Gitterstäbe. „Vorwärts!“ schreit der Transportführer, der so betrunken ist, daß er sich kaum auf den Beinen halten kann. „Vorwärts! und wär's in die Hölle.“

Der Zug fährt weiter. Tage, Nächte, Tage, Nächte.

In einem der letzten Wagen hocken vierzig Menschen nebeneinander. Die Ecken liegen voll Unrat. Es stinkt wie in einer Pesthöhle. Mitja und Andrei, zwei Rotgardisten, deren Gesichter vor Müdigkeit verzerrt sind, unterhalten sich mit einem Mädchen. Die anderen, Bewohner aus Samaraw, stieren apathisch vor sich hin. Die meisten halten ihre Kreuzfixe in den Händen. Und jedesmal, wenn der Zug langsam fährt, wird ihr Beten inbrünstiger.

„Und ich sage dir, Genossin, diesen Zug verläßt keiner lebend. Das Singen der Räder wird unser Grabgeläute sein.“

Das Mädchen blickt eine Weile wortlos vor sich hin. Dann sagt es mit fester Stimme: „Man muß sehen, daß man heraus kommt. Ach, wenn wir doch wenigstens alles Genossen in diesem Wagen wären. Furchtbar, unter diesen Bauern zu hocken, die den ganzen Tag ihre Stirn gegen die Wagenwand schlagen. Hört auf mit eurem sinnlosen Gebete!“ schreit sie plötzlich drohend. „Schlagt die Wände des Wagens ein, erwürgt die Soldaten, wenn sie euch Essen bringen. Aber hört auf zu beten. Euer Gott wird euch nicht helfen.“

Die Bauern blicken sie blöde lächelnd an. „Nur ruhig, mein Täubchen. Vielleicht hilft uns euer Lenin. Euer Lenin hat uns ja in die Patsche gebracht“, brummelt ein Alter mit fanatisch blinkenden Augen.

„So, so!“ Ustjenka lacht schrill. „Der Lenin also hat euch in die Viehwagen gesperrt. Der Lenin läßt euch ohne Nahrung. Habt ihr gekämpft für eure Freiheit? Seid ihr nicht den weißen Banditen mit hoherhobenen Händen entgegengelauft und habt uns verraten? Uns, die wir euch helfen wollten?“

„Keiner hat euch gesagt, daß ihr uns helfen sollt. So wie es war, war es gut. Es kann nur einer regieren in Rußland.“

Das Mädchen wollte aufbrausen, aber Mitja berührte sie sanft am Arm. „Laß die armen Teufel. Sieh lieber nach, wie meine Wunde aussieht. Sie brennt wie höllisches Feuer.“

Ustjenka löst dem verwundeten Rotgardisten den Verband vom Arm. Der Arm ist hochgeschwollen. Die Wunde ist tief, schwarz, von einem grünen Rand umgeben. „Ja, Mitja,“ sagt das Mädchen ganz ruhig, „mit dem Arm scheint's aus zu sein.“ Der Rotgardist wird einen Schein blasser. „Wenn es doch wenigstens der linke wäre,“ murmelte er fast unhörbar. „Wenn du nach Moskau kommst, Ustjenka, dann grüße Väterchen Lenin von mir. Sag ihm, ich hätte mich tapfer geschlagen.“

Das Mädchen streicht dem Verwundeten über die heiße Stirn. „Wir werden vielleicht beide zu Lenin gehen . . .“ Aber sie glaubt selbst nicht daran.

Plötzlich hält der Zug. Ustjenka geht an das vergitterte Fenster. Sie sieht neben dem Gleis ein Blockhaus stehen. Vielleicht war hier früher mal eine Station. Alle Gefangenen eilen an die Fenster, in der Erwartung, Brot zu bekommen. Soldaten gehen den Zug entlang und schreien: „Die Frauen an die Fenster.“

Die Offiziere kommen. Einer, der Transportführer erblickt Ustjenka. „Ach, komm nur raus, mein Täubchen. Bist ja eine echte Bolschewistin. Eine aus Moskau. Komm nur raus; ich werde dich zähmen.“ Einige Soldaten lösen den Verschluss des Wagens. Ustjenka erleichtert bis in die Lippen. Sie flieht an die gegenüberliegende Wagenwand und streckt die Arme abwehrend aus, das Gesicht von Ekel verzerrt. „Los, Burschen, holt mir den Satan!“ schreit der Offizier. Die Soldaten klettern in den Wagen. Brüllend werfen sich ihnen die beiden Rotgardisten entgegen. Schüsse krachen. Die Rotgardisten werden aus dem Wagen geworfen. „Diese Schweine!“ sagt der Offizier und tritt den Leichen ins Gesicht. Das Mädchen knickt zusammen unter den rohen Griffen der Weißgardisten. Sie wehrt sich, sie kratzt. Da haut ihr der Offizier eins mit der Peitsche über. Bewußtlos wird sie ins Blockhaus geschleppt.

Wochen vergehen. Der Zug rollt durch Sibirien. Manchmal bleibt er tagelang im Schnee stecken. Die Gefangenen sind zu Tieren geworden. Sie wühlen in ihrem eigenen Unrat. Sie fuhren sich gegenseitig an die Kehlen. Ab und zu wird ein Waggon geöffnet. Leichen, die die Luft verpestet, werden herausgezogen. Nur die Frauen bekommen noch etwas Nahrung. Sie müssen bei Kräften bleiben. Die Offiziere wissen, warum.

Vier Wochen ist der Zug unterwegs. Jedes Dorf weigert sich, die Gefangenen aufzunehmen. Jeder Tag fordert Opfer. Fünfhundert Leichen liegen längs der Strecke. Fünfhundert von Seuchen und vom Hunger dahingeraffte Menschen, Kinder, Männer und Frauen. Der Zug rollt weiter. Durch Schnee und Eis. Endlos dehnt sich die sibirische Ebene.

Als eines Tages ein Waggon geöffnet wird, in dem sich Leichen befinden, springt ein Rotgardist heraus, entreißt einem Posten das Gewehr und schießt einen Offizier über den Haufen. Der Rotgardist wird zu Tode geprügelt. Noch am selben Abend hält der Zug. Fünfzig Kommunisten werden aus den Waggons geholt. Sie müssen sich längs des Zuges aufstellen. Sie stehen bis an die Knie im Schnee. „Ausziehen!“ befiehlt der Offizier. Die Rotgardisten rühren sich nicht. „Ausziehen!“ Die Peitschen sausen durch die Luft. Wutgeheul der noch im Wagen befindlichen Kommunisten. „Angetreten!“ Die Rotgardisten blicken geradeaus. Einige entblößen ihre Brust. Und als die Weißen ihre Gewehre heben, beginnen sie zu singen. „Feuer!“ schreit der Offizier. Aber die Soldaten haben schlecht getroffen. Noch stehen einige Rotgardisten. Und einer, ein ganz junger, reißt die Mütze vom Kopf und schreit: „Lenin wird uns rächen! Es lebe der Sowjet!“ Wieder kracht eine Salve. „Es lebe der Sowjet, ihr Hunde!“ schallt es aus dem Wagen. Aber der Offizier friert. „Weiter!“ Die Räder setzen sich in Bewegung.

Nach sechs Wochen hält der Zug in Nikols-Ussurisk. Die Gefangenen haben nicht mehr die Kraft, an die Fenster zu gehen. Sie liegen wie Tote am Boden. Aus ihren Blicken flackert der Irrsinn. Noch einmal kriegen sie Nahrung. Es wird sogar ein Küchenwagen angehängt. Die Mitglieder des Amerikanischen Roten Kreuzes blicken voller Entsetzen auf die abgezehnten, in Lumpen gehüllten, verdreckten Gestalten. Aber sie dürfen nicht helfen. Die Diplomatie der kapitalistischen Gesellschaftsordnung verbietet es ihnen. Sie dürfen den Zug nicht übernehmen. „Weiter!“ sagt der Offizier. „Wohin?“ fragt ein Amerikaner. Der Weißgardist zuckt mit den Achseln. Sibirien ist groß. Und jeden Tag sterben Gefangene. Eines Tages wird man sie los sein . . .

Der Zug rast in den Schneesturm.

Die in ihre Hände fallen...!

ROMAN von JUSTIN RICHTER

Copyright by Gretenverlag Rudolstadt

11. Fortsetzung.

„Reden Sie doch nicht so daher,“ sagte der Beamte mit Amtsmiene, „wenn Sie mir die Wahrheit nicht sagen, lasse ich Sie ans Amtsgericht laden, dann müssen Sie schwören.“

„Ich schwöre auch,“ erwiderte Dr. Lauer.

„Und sonst,“ fuhr der Beamte fort, „was haben Sie denn sonst im Hause beobachtet? Da sind doch immer Männer ein- und ausgegangen.“

„Männer,“ wiederholte Dr. Lauer sinnend, „ganz recht haben Sie, Männer sind aus- und eingegangen. Da war z. B. der Milchmann und der Erbsenverkäufer und der Bäckerjunge.“

„Solche meine ich nicht,“ schrie der Beamte, „andere Männer.“

„Andere Männer, ja andere Männer waren auch da, z. B. der Gasmann.“

„Zum Donnerwetter noch einmal, ich glaube gar, Sie wollen mich verulken. Andere

Männer meine ich, solche, die zum Vergnügen gekommen sind.“

„Zum Vergnügen,“ sagte Dr. Lauer zögernd, „warten Sie einmal, da muß ich mich erst einmal besinnen. Ja, zum Vergnügen ist auch einmal einer da gewesen. Das war in der Nacht. Der heißt Hammer und ist der Kriminalschutzmann, der oben im ersten Stock wohnt. Der war einmal in der Nacht da und hat Krach gemacht. Das hat der nur zum Vergnügen getan.“

Der Beamte biß sich auf die Lippe. Er sagte:

„Sie verstehen mich recht wohl, Sie tun nur so, als ob Sie mich nicht verstehen würden. Jetzt muß ich Sie also gerade heraus fragen, haben Sie jemals in der Wohnung der ledigen Hedwig Wehner etwas von geschlechtlichem Verkehr beobachtet?“

Dr. Lauer überlegte eine Zeitlang, dann erwiderte er:

„In der Wohnung nicht, aber auf dem Küchenbalkon, da sah ich einmal die Katze mit einem Kater.“

18.

Dr. Geyer ließ sich bei dem Kriminalamtmann Kaufmann melden. Er trug ihm vor, was sich in der letzten Zeit bei Fräulein Wehner ereignet hat. Er zeigte ihm den Brief, den er an Hammer hatte schreiben müssen.

„So, so, der Hammer,“ meinte der Amtmann, wenn ich das gewußt hätte, daß der dahinter steckt, dann hätte ich allerdings das Fräulein aus Steinheim nicht belästigt, jetzt weiß ich schon, wie alles zusammenhängt. Mit dem Mann werde ich einmal ein Wörtchen reden. Sie dürfen sich darauf verlassen, daß ich dem Fräulein Wehner Ruhe schaffe, und daß der Hammer sie nicht mehr stören wird.“

Dieser war sehr kleinlaut, als ihm der Amtmann auseinandersetzte, daß er nur im Amt Kriminalschutzmann ist, daß er aber zu Hause in seinem Methaus nichts anderes sei, wie jeder andere Mieter auch. Und wie ihm der Amtmann die Worte Amtsmißbrauch, Verleumdung und falsche Anschuldigung entgegen geschleudert hat, da verlor er ganz die Fassung und sagte wänerisch:

„Ich kann ja nichts dazu, ich hab' ja gar nichts gegen die Fräulein Wehner, ich kann ihr ja auch gar nichts nachsagen, aber die Leute im Haus, die haben mich halt immer gehetzt. Die Frau Bader, die ist schuld. Ich hab' ja nur getan, was die gewollt hat.“

Zu jener Zeit kam Hammer stets eine Viertelstunde später als sonst vom Amt nach Hause. Er schlich leise die Treppe hinauf. Er wollte der Frau Bader nicht begegnen.

„Das ist eine Niederlage,“ dachte er bei sich, „aber nur nicht den Mut verlieren. Jetzt hat sie schon zwei Akte bei uns, einmal geringt's Joeh. Steter Tropfen höhlt den Stein, und es bleibt immer etwas hängen.“

19.

Das Verhältnis zwischen Dr. Geyer und seiner Hedi ward immer inniger. Die gemeinsame Abwehr der bösen Nachbarn verband sie fester als alles andere. Die Stadt hatte sich allmählich an das Verhältnis gewöhnt. Man hatte aufgehört, darüber zu reden. „Das unvermählte Ehepaar“, sagten die Leute.

Aber Hedis Gesundheit erschien bedenklich. Der Arzt stellte fest, daß sie eine Gallenblasenentzündung hatte. So beschlossen denn die zwei, nach Karlsbad zur Kur zu fahren. (Fortsetzung folgt)

Der tägliche Vormarsch

Sachsen immer noch an der Spitze:

Leipzig-Wahren vollzieht die Gründung einer Ortsgruppe der SJVD.

Hirschfelde in der Oberlausitz führt in öffentlicher Versammlung die Bildung seiner SAP-Ortsgruppe durch.

Rohnau (Lausitz) gründet SAP-Gruppe, es treten zwei Drittel der bisherigen SPD zu uns über, dazu ein Teil bisher parteiloser Arbeiter.

Mitteldeutschland und Reich:

Halberstadt formiert eine Ortsgruppe des SJVD trotz fruchtloser Störungsversuche fanatisierter Reichsbannerjugend

In Ludwigshafen veranstaltet die SAP eine Massenversammlung mit dem Genossen Seydewitz. Reichstagsabgeordneter Wagner-SPD spricht in der Diskussion mit dem Erfolg, daß die SAP Ludwigshafen mit einer Reihe Neuaufnahmen die Versammlung abschließt.

Thale am Harz faßt mehr als die Hälfte der bisherigen SAJ zu einer Ortsgruppe des SJV zusammen, darunter die aktivsten Genossen.

Katzenellenbogen wieder in Moabit

Ludwig Katzenellenbogen ist gemäß dem Beschluß des Kammergerichts, das seine Freilassung gegen Kaution für ungerichtet erklärt hatte, am Freitag vormittag wieder nach Moabit zurückgebracht worden, und zwar wurde er von der Charité in das Lazarett des Untersuchungsgefängnisses übergeführt, nachdem die Aerzte ihn für transportfähig erklärt hatten. Für den Fall, daß eine Operation sich bei ihm als notwendig herausstellen sollte, würde diese auch im Lazarett durchzuführen sein, da die notwendigen medizinischen Einrichtungen dort ebenfalls vorhanden sind.

Die antifaschistischen Flieger frei

Weil Mussolini auf Strafantrag verzichtete
Konstanz, 26. November.

Da von Italien kein Antrag auf Anwendung des § 120 des Strafbuches gestellt worden ist, sind am Donnerstag die drei italienischen Antifaschisten wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Bassanesi wurde wegen Fußvergehens zu 250 RM und Roselli wegen unerlaubten Waffenbesitzes zu 100 RM Geldstrafe verurteilt. Gegen Tarchiani war keine Anklage erhoben worden.

Schwierigkeiten der russisch-polnischen Paktverhandlungen

Kowno, 26. November.

Wie aus Moskau gemeldet wird, hat Außenkommissar Litwinow dem Rat der Volkskommissare Bericht über seine Verhandlungen mit dem polnischen Gesandten Patek erstattet. Der Rat der Volkskommissare billigte die Stellungnahme Litwinows und erteilte ihm weitere Vollmachten. Der bisherige Meinungsaustrausch zwischen Patek und Litwinow hat ergeben, daß ein Paktabschluß auf große Schwierigkeiten stößt, da Rußland keine Sicherheit der polnischen Grenzen gegenüber anderen Staaten zu gewährleisten wünscht. Außerdem will die Sowjetregierung auch ihre bisherige Haltung in der Wilnafrage nicht ändern. Eine polnische Antwort auf die letzten Erklärungen Litwinows ist in Moskau noch nicht eingetroffen.

Die Arbeitslosigkeit in Frankreich

Paris, 27. November.

„Oeuvre“ gibt auf Grund von Mitteilungen des Allgemeinen Arbeiterverbandes (C. G. T.) die Zahl der völlig Arbeitslosen in Frankreich mit gegenwärtig 500 000 und die der Kurzarbeiter mit 1 500 000 an.

„Wir wollen Brot und Arbeit!“

WTB. Prag, 26. November.

Vor der Arbeitsbehörde rotteten sich heute vormittag Arbeitslose zusammen, welche in die Rufe ausbrachen: „Wir wollen Brot und Arbeit, nieder mit der Regierung! Die Polizei, welche überall Bereitschaften unterhielt, zerstreute die Ansammlungen mühselos.

Noch ein 48er

Das Rettungsmittel des Kapitals
Kapstadt, 26. November.

Der Senat nahm in dritter Lesung die Vorlage an, die den Generalgouverneur ermächtigt, alle Fragen, die sich auf den Geldumlauf sowie auf Bank- und Währungsangelegenheiten beziehen, auf dem Verordnungswege zu regeln. Die Vorlage wird mit dem heutigen Tage Gesetz.

Gegen den Oberreichsanwalt

Von Berthold Jacob

Der Oberreichsanwalt Werner ist ein Erbstück der Aera Radbruch im Reichsjustizministerium. Dieser sozialdemokratische Reichsjustizminister, hat den Ministerialrat, von dem er wußte daß er eingeschriebenes Mitglied der Deutschnationalen Partei war, gefördert wo immer er konnte und sein freundliches Urteil über Werner wurde auch bei dessen Ernennung zum Oberreichsanwalt, die von einem seiner Nachfolger vorgeschlagen wurde, den opponierenden Stimmen der Linken entgegengehalten. Damals rühmte der Justizminister Marx von Werner, daß er „mit dem Herzen bei der Republik“ stehe. Herr Werner hat seitdem vielfach Gelegenheit genommen, sich der Empfehlung würdig zu erweisen. Die Praxis der obersten Anklagebehörde des Reichs unter seiner Leitung hat sich womöglich noch verschlimmert. Die Reichsanwaltschaft hat unter ihm die Anklageerhebung ganz offenkundig und allgemein von politischen Erwägungen abhängig gemacht, und man kann nicht einmal sagen, daß der Oberreichsanwalt nach anderen Maßen maß, wenn mehr nach links orientierte, sozusagen republikanische, Reichsregierungen amtierten. Dann blieb der Kurs der gleiche — aber jedes Ausschlagen des Pendels nach rechts bewirkte alsbald eine neue Verschärfung der Praxis. Dazu kam, daß unter Wer-

ner die Reichsanwaltschaft immer stärker zu einem Ausführungsorgan der politischen Rechten wurde.

Man muß hier an den Fall des früheren Rittmeisters Goldfeld-Zeltins denken, der eines schönen Tages unter der Beschuldigung des Landesverrats verhaftet wurde, den er in einem sagenhaften deutsch-lettischen Kriege dadurch begangen haben sollte, daß er Mitglied einer lettischen Heeresformation war. Die lächerliche Beschuldigung war vorher monatelang von einem mit Goldfeld verfeindeten Hamburger Kaufmannskreis extrem rechtsgerechten Charakters zur Diskreditierung des linksgerichteten Goldfeld verbreitet worden. Die Anklage selbst, die unter dem Sturm der Presse zusammenbrach, ehe sie die Reichsanwaltschaft noch öffentlich erheben konnte, war von Reichsanwalt Jorns bearbeitet worden.

Gegen eine Unzahl von linksgerichteten Publizisten wurden Landesverratsanklagen vorbereitet. Meist kamen sie über das Stadium der Erhebungen nicht heraus und mußten dann schnell eingestellt werden. Sie wurden allein zu dem Zweck geführt, um die Betroffenen für künftige Fälle einzuschüchtern und zu schrecken.

Ich selbst habe einmal in öffentlicher Verhandlung des Reichsgerichts wegen eines vor-

geblichen Verbrechens des Landesverrats diese Auffassung zum größten Entsetzen des Vorsitzenden vertreten. Als mir der alte Senatspräsident Reichert empört entgegenhielt, ob ich etwa behaupten wolle, daß die Reichsanwaltschaft nach politischen Urteilen oder Vorurteilen handle, habe ich erwidert: Gerade das habe ich behauptet und wolle ich durch mehrere Beispiele beweisen, da erhob sich krähen Herr Jorns, der auch gegen mich die Anklagevertrat und stellte das rundweg in Abrede.

Er mußte sich von dem Genossen Paul Levi, der mich verteidigte, an einen ganz bestimmten Fall, den Fall des Journalisten Oehme, erinnern lassen und setzte sich, mit hochrotem Kopf.

Auch aus der neueren Zeit gibt es belegbare Beispiele für Anklagen des Reichsgerichts aus politischen Motiven. Einer von diesen Fällen ist der Fall Ossietzky.

Die scharfe Erklärung des Vorstandes der SAP behauptet nicht ohne Grund so entschieden das Vorliegen eines Terror-Spruches.

Die ganze Praxis der Reichsanwaltschaft hat mit dem Gedanken der Rechtspflege nicht das Geringste mehr zu tun.

Oberreichsanwalt Werner ist der Exponent einer politischen Richtung, die das Reichsgericht beherrscht und muß als solcher bekämpft werden.

Deutschlands Verderber sind erkannt!

Lavals Anklagerede

Gegen Großmannssucht und Bankenpolitik

In der Nachmittagssitzung der französischen Kammer am Donnerstag hielt der Ministerpräsident Laval seine angekündigte außenpolitische Rede. Er begann damit, chronologisch die Ereignisse zu skizzieren, die sich seit dem Vorschlag Hoovers, ein Reparations- und Schuldenfeierjahr einzulegen, zugetragen haben. Dabei erwähnte er ein Wort, das Reichskanzler Brüning gebraucht und das auf ihn tiefen Eindruck gemacht habe: Es ist eine Tragödie in der Geschichte unserer Völker, daß wir niemals zu gleicher Zeit das gleiche Wort aussprechen können.

An dem Tage, an dem jenseits der Grenzen die nationalistischen Kundgebungen aufgehört hätten, würden die Ereignisse eine Antwort auf die Frage des Reichskanzlers geben.

Seine Reise nach Amerika sei keine Propagandafahrt gewesen, aber diese Zusammenkunft sei die schönste und nützlichste Propaganda gewesen, die Frankreich jemals in den Vereinigten Staaten unternommen habe. Heute wisse man dort, welche Opfer Frankreich durch die Herabsetzung seiner Rüstungen gebracht habe. (Starker Beifall bis in die Reihen der Radikalen.) Man wisse auch, daß Frankreich aufrichtig pazifistisch sei. Zwischen den beiden Regierungen sei jedes Mißverständnis nach dieser Richtung hin von nun ab beseitigt. Andererseits sei Frankreich jetzt auch gegen jede Initiative geschützt, die etwa in der Linie der Initiativen liege, die der Präsident der Vereinigten Staaten hinsichtlich der Schulden und Reparationen im Juni ergriffen habe.

Der Ministerpräsident ging dann dazu über, die Stellungnahme der französischen Regierung zu den allgemeinen politischen Problemen der Gegenwart zu interpretieren.

Zu den Reparationen, auf die Frankreich ein heiliges Recht habe, müsse er sagen, daß Deutschland als Schuldner eine gewisse Großmannssucht (prodigalité) bewiesen habe. Immer alles schöner zu gestalten und die nationale Ausrüstung zu vervollkommen, aber in dem Augenblick, in dem man zahlen solle, sich für zahlungsunfähig zu erklären, das sei die Gewohnheit Deutschlands. (Starker Beifall bei den Mittelparteien und der Rechten.)

Er, Laval, verstehe das Elend des deutschen Volkes, aber wenn nun das Gegenteil der Fall wäre? Was würde man in Deutschland denken, wenn Frankreich genauso handeln würde, wie man in Deutschland handle?

Wir haben, so fuhr Laval fort, in keiner Weise die Verpflichtung der internationalen Solidarität verkannt. Aber es gibt Grenzen, die zu überschreiten wir nicht das Recht haben. Die Krise hat übrigens eine moralische und eine psychologische Seite. Es scheint, daß sie ihre Wurzel hat in einer Krankheit, die man als

kollektive Neurasthenie bezeichnen kann. Überall hört man, es müsse das Vertrauen wiederhergestellt werden. Aber wie, wenn man nicht als Grundlage den Respekt annehme vor dem gegebenen Wort und vor den unterschriebenen Abkommen? Frankreich werde nur für die Periode der wirtschaftlichen Depression ein neues Abkommen annehmen.

Es sei bereit, eine Herabsetzung von dem, was man ihm schulde, zu bewilligen, aber nur in dem Maße, in dem auch ihm ein gleicher Nachlaß von seinen Gläubigern bewilligt werde und werde den Privatschulden keine Priorität

vor den Reparationen zuerkennen.

Laval fügte hinzu, daß er auf alle Anfragen, die man an ihn stellen werde, später antworten werde. Aber es scheine ihm logisch, die Ratifizierung des Hoover-Moratoriums durch den amerikanischen Senat abzuwarten, um die endgültige Stellungnahme Frankreichs zu definieren. Heute habe er nur die allgemeine Auffassung des Landes zum Ausdruck bringen wollen. Laval schloß, indem er erklärte, Frankreich habe keine Hegemonieabsichten. Man müsse den wirklichen Frieden wiederherstellen und für diese Aufgabe, die seine Regierung im Auge habe, verlange er das Vertrauen der Kammer.

In der auf Lavals Rede folgenden Nachmittagsitzung sprach Franklin-Bouillon als erster und führte u. a. aus: Deutschland sei mehr denn je entschlossen, keine Reparationen zu zahlen, und es werde in seinen Bestrebungen sogar von gewissen ehemaligen französischen Alliierten unterstützt. Als der Redner auch davon sprach, daß

die deutsche Sozialdemokratie die nationale Einigung betriebe, während die französischen Sozialisten sie in Frankreich nicht mitmachen wollten, entstand minutenlanges Lärm, so daß der Redner sich

nicht mehr Gehör verschaffen konnte. Sozialistische Abgeordnete erklärten dann ausdrücklich, die deutsche Sozialdemokratie unterstütze Brüning gegen Hitler.

Der sozialistische Abgeordnete Léon Blum begründete die sozialistische Tagesordnung und erklärte nach einem Appell an die internationale Zusammenarbeit, was sich gegenwärtig in Deutschland abspiele, habe sich auch in Frankreich abgespielt, daß nämlich gewisse Leute ihre nationale Solidarität aufgegeben und ihre Guthaben im Auslande belassen hätten.

Wir betrachten, so erklärte der Abgeordnete, den ungeschützten Annullententail als eine heilige Schuld; für die Angelsachsen dagegen ist die Handels-schuld die heiligste.

Es knüpfte sich daran ein Zwiesgespräch zwischen Laval und Léon Blum über die Verbindung von privaten und Reparations-schulden, die damit endete, daß Laval erklärte, daß die Privatschulden nicht Gegenstand einer Regelung auf der Regierungskonferenz sein könnten; aber selbstverständlich könne man darüber sprechen.

Hierauf erwiderte Léon Blum: Diese Äußerung genügt mir.

Die blutrote Robe taucht wieder auf

Jorns „untersucht“

— den Diktaturplan der hessischen Nazis

Wie die „SAZ“ erfährt, wird die Untersuchung über die Diktaturpläne der hessischen Nazis von Reichsanwalt Jorns geführt, dem der Spruch des Berliner Schöffengerichts unter Landgerichtsdirektor Marcard nachwies, daß er, mit der Aufklärung der Morde an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg beauftragt, „Spuren verwischte, indem er das Gegenteil des Ermittelten ins Protokoll aufnahm, daß er Zustände duldet, die, wie ihm bekannt war, geeignet waren, den Sachverhalt zu verdunkeln und das Ergebnis der Untersuchung zu gefährden.“

Die Darstellung des Reichsjustizministeriums

Berlin, 27. November.

Das Reichsjustizministerium äußert sich heute in einer längeren Erklärung über die Vorfälle in Hessen. Die Art des Verfahrens habe in der Presse eine Reihe von Mißverständnissen hervorgerufen, die zu Angriffen gegen die beteiligten Stellen geführt hätten. Aus dem Interview des Oberreichsanwalts seien Dinge herausgelesen worden, die man nicht habe herauslesen dürfen, vor allem müsse betont werden, daß es sich entgegen der vielfach verbreiteten Auffassung nicht um eine abschließende Stellungnahme des Oberreichsanwalts gehandelt habe. Der Reichsjustizminister habe den Oberreichsanwalt um einen Bericht über die Angelegenheit gebeten, der inzwischen eingegangen sei. Danach habe der Oberreichsanwalt in seinem Interview rein theoretisch gesprochen. Er habe u. a. zum Ausdruck gebracht, daß das Schriftstück allein wohl kaum einen genügenden Beweis dafür werde erbringen können, daß der Verfasser

und die Beteiligten eine gewaltsame Beseitigung der Staatsgewalt herbeiführen wollten. Aus der Präambel gehe schon hervor, daß er selbst gar nicht die Beseitigung der Staatsgewalt beabsichtigt habe.

Die in einem Berliner Blatt aufgestellte Behauptung, daß die Behandlung des Verfahrens auf ausdrückliche Anweisung des Reichsjustizministers zurückzuführen sei, wird an zuständiger Stelle als völlig unzutreffend bezeichnet. Der Oberreichsanwalt habe den Reichsjustizminister vorgestern lediglich davon unterrichtet, daß bereits am nächsten Tage eine eingehende Vernehmung in der Sache erfolgen werde.

Auf Anfrage, wie es komme, daß als Sachbearbeiter in der Reichsanwaltschaft ausgerechnet Herr Jorns bestimmt sei, erwidert das Reichsjustizministerium: Änderungen in der Geschäftsverteilung seien bei einer so hohen Behörde nicht üblich.

